

Protokoll des Einwohnerrates Wohlen

25. Sitzung vom 15. Oktober 2012 von 18:00 Uhr bis 23:10 Uhr Casino Wohlen

Vorsitz: Marlis Spörri, Präsidentin

Protokollführung: Michelle Steinauer, Gemeindeschreiber-Stv.

Präsenz: 18.00 Uhr – 23:10 Uhr
Mitglieder des Einwohnerrates: 34
Absolutes Mehr: 18
Zweidrittelsmehr: 23

Gemeinderat

Walter Dubler, Gemeindeammann
Matthias Jauslin, Vizeammann
Paul Huwiler, Gemeinderat
Bruno Breitschmid, Gemeinderat
Urs Kuhn, Gemeinderat
Ruedi Donat, Gemeinderat

Weitere Anwesende

Franco Corsiglia, Präsident Schulpflege (ab 18:45 Uhr)
Christoph Weibel, Gemeindeschreiber
Patrick Inglin, Leiter Bauverwaltung
Florian Püntener, Bereichsleiter Liegenschaften
Gregor Kaufmann, Finanzverwalter
Urs Spillmann, Leiter Soziale Dienste
Ernesto Hitz, Schulverwalter
Thomas Laube, Chef Steueramt
Werner Lüpold, Betreibungsbeamter
Marco Veil, Polizeichef
Beat Herzog, Leiter ZSO
René Bossert, Bereichsleiter EDV
Guido Benz, Vizepräsident Schulpflege
Rolf Stadler, Präsident Schulleiterkonferenz
Marcel Christen, Feuerwehrkommandant
Michelle Steinauer, Gemeindeganzlei

Entschuldigungen

Hansruedi Meyer, SVP

Bruno Bertschi, SVP

Armin Geissmann, FDP

Stefan Suter, SP

Barbara Gsell, EVP

Otto Erb, Dorfteil Anglikon

Traktanden:

1. Eingänge und Mitteilungen
2. Inpflichtnahme von Alain Thiébaud, Freis Wohle/Grünliberale
3. Voranschlag 2013 der Einwohnergemeinde Wohlen AG (12100)

Spörri Marlis, Präsidentin:

Eingänge

Folgende Eingänge haben die Mitglieder des Einwohnerrates seit der letzten Sitzung vom 27. August 2012 zu verzeichnen:

- Protokoll der ER-Sitzung vom 26. September 2011
- Voranschlag 2013
- Einladung zur Übergabe des Kulturpreises 2012
- Finanzplan 2012 – 2016
- Satzungen des Gemeindeverbandes Bevölkerungsschutz und Zivilschutz der Region Wohlen, namentlich des RFO Wohlen und der Regionalen Zivilschutzorganisation Wohlen
- B&A 12102 Erweiterung des Gemeindeverbandes Bevölkerungsschutz und Zivilschutz der Region Wohlen, namentlich des RFO Wohlen und der Regionalen Zivilschutzorganisation Wohlen; Anpassung der Satzungen
- B&A 11143 zum Postulat 11076 betreffend Analyse von Verwaltungsabläufen inkl. Führungsebene – Vervollständigung bezüglich Analyse der Lohnstrukturen
- B&A von FIKO zum Voranschlag 2013
- Einladung zur heutigen ER-Sitzung
- Protokoll Juni 2012
- Bericht 12103 zum Postulat 12034 betreffend Reglement zum Ausgleich von Planungsmehrwerten bei Ein- und Umzonungen
- Einladung zur Hauptübung der Feuerwehr am 20. Oktober 2012
- B&A 12104 Einführung von verursachergerechten und kostendeckenden Grüngut- und Recyclinggebühren (kostendeckende Abfallbewirtschaftung)
- Der überarbeitete Stellenplan liegt heute am Platz

Mitteilungen

Heute darf ich offiziell Martina Meienberg begrüssen. Sie ist Nachfolgerin von Marion Sipel-Riner und hat die Stelle als Gemeindeschreiber-Stellvertreterin am 1. Oktober 2012 angetreten. Herzlich willkommen.

Es liegt mir eine persönliche Erklärung von Hans Hufschmid, CVP, vor. Ich bitte ihn, diese vorzutragen.

Hufschmid Hans, CVP: Frau Einwohnerratspräsidentin, geschätzte Ratskolleginnen und Ratskollegen. Wir Einwohnerräte sind heute zusammen gekommen, um das Budget 2013 zu beraten und zu beschliessen. Ich möchte alle Ratsmitglieder daran erinnern, dass wir vom Volk gewählt worden sind, um konstruktive Sachpolitik zu betreiben. Gehen wir doch so miteinander um, wie es unter erwachsenen Leuten gang und gäbe ist. Das Verteilen von persönlichen Angriffen und verbalen Seitenhieben hat nach meiner Ansicht in der ER-Ratsdebatte gar nichts zu suchen und ist gelinde gesagt fehl am Platz. Politisieren wir zum Wohle unserer Gemeinde. Nur so kommen wir weiter, wenn alle am selben Strick ziehen.

Dabei dürfen wir aber durchaus eine eigene Meinung haben und diese auch in allem Anstand vertreten. Das ist gelebte Demokratie und zeugt von unserer Grösse als Einwohnerräte von Wohlen. Im Sport und insbesondere im Fussball gibt es einen schönen Spruch, und der heisst: «Wir wollen fairen Sport». Und ich sage: «Wir Politiker wollen eine faire und sachliche Budgetdebatte 2013». Liebe Ratsmitglieder, ich bedanke mich bei Euch, wenn Ihr meine demokratischen Rats schläge zu Herzen nehmt. So können wir die anstehende Budgetdebatte innert einer vernünftigen Zeit zielbewusst und sachlich zu Ende führen. Danke.

Spörri Marlis, Präsidentin: Liest das Amtsgelübde vor.

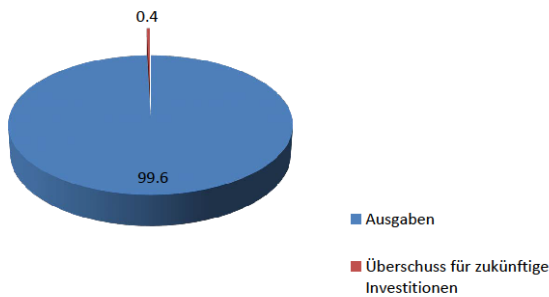
Alain Thiébaud, Freis Wohle/Grünliberale, leistet für den Rest der Amtsperiode 2010/2013 das Amtsgelübde gemäss § 2 des Geschäftsreglements des Einwohnerrates und ist somit als Nachfolger von Maja Meier in Pflicht genommen.

Spörri Marlis, Präsidentin: Der Voranschlag wird wie folgt behandelt: Zuerst nimmt die FIKO Stellung zum Voranschlag, danach spricht Vizeammann Matthias Jauslin, und dann schreiben wir zu den allgemeinen Fraktionsmeinungen. Während der darauf folgenden Detailberatung werden Anträge jeweils direkt diskutiert und darüber abgestimmt. Anträge sind dem Ratsbüro schriftlich abzugeben. Ich danke für die Anträge, die wir bereits im Voraus erhalten haben. Anträge zum Steuerfuss und der Lohnsumme werden vor der Schlussabstimmung behandelt. Dann fangen wir an. Das Wort hat die Finanzkommission. Es spricht der FIKO-Präsident Daniel Angst.

Angst Daniel, Präsident Finanzkommission: Ich komme kurz und bündig zum Bericht und Antrag der Finanzkommission zum Voranschlag 2013. Die Finanzkommission hat den Voranschlag in zwei Sitzungen behandelt. Sie hat Detailfragen an den Finanzvorstand und an Finanzverwalter Gregor Kaufmann gestellt. Diese Fragen sind teilweise oder grösstenteils beantwortet worden, übrigens zur Zufriedenheit der Finanzkommission, und ich möchte sofort zum Bericht und Antrag kommen. Die Finanzkommission dankt dem Gemeinderat und allen beteiligten Personen, die den Voranschlag ausgearbeitet und uns zur Verfügung gestellt haben. Er war für uns klar und sauber dokumentiert. Die Finanzkommission hatte sich, wie Sie das bereits gesehen haben, am Schluss überlegt, ob sie den Voranschlag in dieser Form, wie er vorliegt, zur Genehmigung empfehlen kann. Wir kamen zum Schluss, dass wir dem Einwohnerrat empfehlen, den Voranschlag zurückzuweisen, und ich begründe das kurz wie folgt: Der Finanzkommission ging es nicht darum, dass der Voranschlag materiell - also zahlenmässig - angepasst wird. Der Finanzkommission ging es vielmehr darum, im Voranschlag griffiger abgebildet zu haben, wie sich der Gemeinderat dazu stellt, oder wie er es sieht, die Gemeindefinanzen entsprechend zu sanieren. Es wurde bereits im Vorjahr eine Anfrage gestellt, die Antwort auf diese Anfrage haben Sie bekommen, und wir von der Finanzkommission waren nicht zufrieden damit. Genau deshalb gingen wir davon aus, dass eine Rückweisung vom Voranschlag 2013 angebracht ist und dem Gemeinderat die Möglichkeit gibt, vor allem die Einnahmeseite bzw. -situation genauer zu dokumentieren, damit der Einwohnerrat sieht, wie der Gemeinderat an die Gesundung der Finanzen herangeht.

Sie können dem Voranschlag entnehmen, dass praktisch sämtliche Investitionen fremd finanziert werden. Das heisst, im Moment ist der einzige positive Punkt die zahlenmässige Pro-Kopf-Verschuldung in unserer Gemeinde. Diese im Moment noch positive Zahl wird sich aber in den nächsten Jahren, wie Sie dem Finanzplan entnehmen, drastisch verschlechtern. In der Kennzahl, über die man immer wieder redet, wird die Verschuldung relativ stark gewichtet. Wir schliessen daraus auch, dass der Verschuldensfrage einer Gemeinde spezielle Sorgfalt getragen und damit auch in Zukunft sorgfältig umgegangen werden muss. Ich möchte Ihnen zu diesem Thema kurz eine Präsentation zeigen: Sie können dem Voranschlag entnehmen, wie sich die Situation im 2013 darstellen wird, und zwar einnahmen- und ausgabenseitig. Sie sehen: Pro CHF 100 eingenommener Steuern geben wir CHF 99.60 für die laufenden Kosten aus.

Verwendung pro 100 Franken Steuern



Datenquelle: Voranschlag 2013

Für zukünftige Investitionen legen wir in unserer Gemeinde somit nur gerade CHF 0.40 auf die Seite. Sie sehen also, wenn Sie nur ein bisschen an die Zukunft denken und an die in unserer Gemeinde anstehenden Projekte, sind CHF 0.40 eigentlich nichts. Dann sehen Sie die verzinsliche Nettoschuld. Sie sehen, dass sich der Steuerertrag und der Nettoaufwand in etwa aufheben. Das heisst, in Zukunft - bis etwa 2017 - werden die Ergebnisse nicht wahnsinnig gross steigen. Die Nettoschuld hingegen nimmt drastisch zu. Wir gehen von fast CHF 14 Millionen auf über CHF 50 Millionen Nettoverschuldung aus, bei einer mehr oder weniger gleich bleibenden Tendenz des Ergebnisses. Wenn man die Zahlen genau anschaut und dem Strategiepapier, dem Finanzplan etc. des Gemeinderates folgt, sind inskünftig Investitionen an den Steuerfuss gebunden. Ob das dann auch so ist oder nicht, werden wir in Zukunft sehen. Die Finanzkommission ist jedoch der Meinung, es ist jetzt Handlungsbedarf vorhanden, für die Zukunft die Gemeindefinanzen zu gesunden und nicht erst dann, wenn die Investitionen anstehen. Ich komme zum Antrag und zur Schlussbetrachtung unseres Berichts und Antrags, Punkt 5:

Aus den vorgenannten Gründen beantragt die Finanzkommission dem Einwohnerrat, den Voranschlag 2013 an den Gemeinderat zurück zu weisen und ihm die Möglichkeit zu geben, die Entwicklungssituation der Einnahmeseite in den Voranschlag 2013 aufnehmen zu können. Letzteres nicht zahlenmässig, sondern es geht uns darum, dass eine Strategie erkennbar ist, auf die man sich auch in Zukunft abstützen und wieder einmal den Voranschlag 2013 zur Hand nehmen kann. So kann man schauen, welche Meinung der Gemeinderat damals zur Situation hatte, und man müsste sich nicht mehr nur punktuell - einmal aus dem Finanzplan, einmal aus einem Strategiepapier - die Informationen zusammensuchen.

Was wir gross ästimmten, ist der seitens des Gemeinderates grundsätzlich gezeigte Sparwille. Wie wir erfuhren, wurde das Budget in der zweiten Lesung um CHF 1.6 Millionen zusammengestrichen. Welche Positionen in welchem Umfang davon betroffen sind, entzieht sich unserer Kenntnis. Wir können somit als Finanzkommission auch nicht beurteilen, ob es sich hierbei um echt gesparte Gelder oder um einfach aufgeschobene Investitionen handelt, die dann vielleicht in einem anderen Jahr zum Tragen kommen.

Ich danke für die Aufmerksamkeit und schliesse meinen Vortrag.

Spörri Marlis, Präsidentin: Die Finanzkommission stellt einen Rückweisungsantrag. Wir behandeln diesen gemäss § 27 des Geschäftsreglements des Einwohnerrates sofort. Möchte der Gemeinderat etwas zu diesem Rückweisungsantrag sagen?

Jauslin Matthias, Vizeammann: Der Gemeinderat möchte Ihnen beliebt machen, dass Sie den Rückweisungsantrag ablehnen. Selbstverständlich können wir die Überlegungen der Finanzkommission nachvollziehen, und wir haben das auch im Vorfeld diskutiert. Jedoch erachten wir es als falsch, den Voranschlag zurück zu weisen. Der Gemeinderat stellt Ihnen ja in Form eines Voranschlags einen Antrag, und wir bitten Sie, dass Sie den Antrag auch wirklich jetzt behandeln.

Aus drei Gründen sehen wir, dass der Rückweisungsantrag nicht berechtigt ist: Erstens ergibt sich aus einer Rückweisung kein Mehrwert. Wir können Ihnen nur die Realität präsentieren. Auch bei einer Rückweisung garantiere ich Ihnen, dass der Pro-Kopf-Steuerertrag nicht höher sein wird, und dass wir bei den Ausgaben nicht massiv tiefer sein werden. Gemäss Gemeindegesetz können mutmassliche Einnahmen nicht in den Voranschlag aufgenommen werden. Deshalb haben wir die kostendeckende Abfallbewirtschaftung, die wir jetzt mit Bericht und Antrag vorgelegt haben, nicht erfasst. Zudem haben wir einen ausführlichen Finanzplan abgegeben, in dem die zukünftige Entwicklung aufgezeigt wird. Zweitens ist uns bei einer Rückweisung nicht klar, was der Einwohnerrat eigentlich will. Die FIKO möchte eine Rückweisung wegen mangelhafter Einnahmen. Andere Parteien möchten eine Rückweisung, um den Ausgabenteil zu korrigieren. Einzelne möchten sogar, dass sämtlicher Wahlbedarf gestrichen wird. Dazu gibt es auch noch verschiedene Ansichten über die Steuerfusshöhe. Nur in einer Debatte hier im Parlament setzen sich mehrheitsfähige Lösungen durch, und hier können Sie dem Gemeinderat einen Auftrag geben. Sollten Sie mit den Vorstellungen des Gemeinderates nicht einverstanden sein, was ja durchaus möglich ist, stellen Sie hier im Parlament zu diesen Positionen konkrete Anträge. Diese kommen direkt zur Abstimmung. Die Mehrheiten entscheiden. Drittens werden mit dem Voranschlag keine gesetzlichen Vorgaben missachtet. Es liegt ein Voranschlag vor, der gemäss Finanzdekret alle Vorgaben erfüllt und die Vorstellungen des Gemeinderates eins zu eins aufzeigt. Die gesetzliche Bestimmung der Ausgabendeckung ist gesichert und auch ausgewiesen. Eine Rückweisung nur als Machtdemonstration erachten wir als unnötige Schlaufe und auch als negatives Signal an die Bürgerinnen und Bürger. Nehmen Sie Ihre Verantwortung wahr und lehnen Sie diesen Rückweisungsantrag ab.

Spörri Marlis, Präsidentin: Die Diskussion ist offen, gibt es hierzu Fraktionsmeinungen?

Fraktionsmeinungen

Wüthrich Beat, Grüne: Die Fraktion der Grünen ist gegen eine Rückweisung des Budgets. Wohlen hat ein Einnahmeproblem und nicht ein Ausgabenproblem. Wir sind erfreut darüber, dass sich diese Einsicht bei den meisten Parteien immer mehr durchsetzt. Auch im vorliegenden Budget sind keine grossen Brocken, wo man so richtig sparen könnte. Hingegen fehlen viele Projekte, die dringend an die Hand genommen werden sollten. Man findet diese Ausgaben dann aber im Finanzplan. Und wenn man die auch noch berücksichtigt, so sieht unser Budget noch viel schlechter aus. Eine Rückweisung des Budgets an den Gemeinderat löst aber keine Probleme. Massnahmen auf der Einnahmeseite, die der Gemeinderat treffen könnte, um die Lage zu verbessern, können nicht ins vorliegende Budget aufgenommen werden. Es bleibt uns nichts anderes übrig, als über das vorliegende Budget zu beraten. Danke.

Wille Franz, CVP: Ich nehme nur zum Rückweisungsantrag der Finanzkommission Stellung. Grundsätzliches zum Budget 2013 werde ich sagen, wenn es dann behandelt wird. Die CVP-Fraktion hat sich mit dem Antrag der Fiko sehr intensiv auseinandergesetzt. Wir verwendeten dafür fast die ganze Fraktionssitzung. Das Anliegen der Fiko ist ernst zu nehmen. Sie verlangt vom Gemeinderat, nicht nur in diesem Jahr, dass er verschiedene Anliegen prüfe und Massnahmen ergreife. Die Antworten der Exekutive sind nicht immer so, dass sich die Fiko ernst genommen fühlen kann. Ich denke, die Zusammenarbeit zwischen

Gemeinderat und Fiko ist verbesserungsfähig. Die Zusammenarbeit von Einwohnerrat und der Fiko ist aber ebenso verbesserungsfähig. Eigentlich müssten die Änderungsanträge der Fraktionen in die Beratungen der Fiko Eingang finden. Aber dafür müsste der Einwohnerrat das Budget früher bekommen. Warum dies bei einer Verschiebung der Budgetberatung um einen Monat nicht möglich sein soll, ist mir schleierhaft.

Die CVP nimmt die Ansicht des Gemeinderates zur Kenntnis, dass nur budgetiert werden kann, was rechtsgültig beschlossen ist. Ich habe allerdings meine leisen Zweifel, ob das bei allen Budgetposten immer der Fall ist. Die Fiko hat uns mit Ausnahme von erwarteten Einnahmeverbesserungen durch Massnahmen, die noch zu beschliessen sind, keine wesentlichen Änderungsvorschläge unterbreiten können, insbesondere keine auf der Ausgaben-seite. Und wir sehen auch keine, die uns der Gemeinderat nach einer Rückweisung von sich aus vorschlagen würde. Bei dieser Sachlage führt eine Rückweisung des Budgets nicht zu substantiellen Verbesserungen von Budget und Finanzlage. Eine Rückweisung bewirkt aber Mehraufwand in der Verwaltung und eine Zeitverzögerung, eine Zweitberatung im Einwohnerrat und eine zusätzliche Volksabstimmung, möglicherweise erst im nächsten Jahr. Die CVP möchte, dass ein rechtskräftiges Budget auf Neujahr 2013 vorliegt. Die CVP-Fraktion wird mit sehr grosser Mehrheit den Rückweisungsantrag der Fiko ablehnen. Wir betrachten dies aber nicht als Desavouierung der Fiko, sondern als Wertung aus einem anderen Blickwinkel, und wir danken ihr herzlich für die geleistete Arbeit.

Sax Simon, Freis Wohle/Grünliberale: Nachfolgend die Fraktionsmeinung von EVP/GLP: Wir danken der Verwaltung für die Ausarbeitung des Voranschlags 2013 sowie für den Bericht und Antrag der Finanzkommission. Wie wir gehört haben, hat die Finanzkommission die Rückweisung empfohlen. Wir wurden an unserer Fraktionssitzung detailliert von der Finanzkommission orientiert. Wir haben die Ansicht der Finanzkommission geteilt, dass angesichts der finanziellen Lage zwingend konkrete Massnahmen im Voranschlag aufgeführt sein müssen. Ein Aufführen von möglichen Beispielen erachten wir als ungenügend. Eben-sowenig den Verweis auf den unverbindlichen Finanzplan. Natürlich ist uns klar, dass nur beschlossene Geschäfte in den Zahlenteil einfließen dürfen. Aber man kann die geplanten Massnahmen mit Zeitplan im Textteil detailliert aufführen. Nun kam zwischen dem damaligen Fiko-Bericht, unserer Fraktionssitzung und dem heutigen Tag plötzlich Dynamik ins Spiel. Der Gemeinderat ist sichtlich bemüht gewesen, die drohende Rückweisung zu verhindern. So erschien der Bericht und Antrag für die kostendeckende Abfallbewirtschaftung, und die Parkplatzbewirtschaftung wurde in Aussicht gestellt. Beides soll im 2013 eingeführt werden. Unter der Annahme, dass der Bericht und Antrag zur Parkplatzbewirtschaftung auch nächstens erscheint, erachten wir die minimalen Forderungen der Finanzkommission als erfüllt. Eine Rückweisung ist hinfällig, der Antrag der Finanzkommission hat ihr Ziel aber damit erreicht. Wir werden die Rückweisung somit nicht unterstützen.

Perroud Arsène, SP: Die Fraktion der SP Wohlen stimmt der Rückweisung des Voranschlags nicht zu. Wir sind einer Meinung mit der Finanzkommission, dass die Gemeinde Wohlen ein Ertragsproblem hat, und wir fordern schon lange, dass endlich auf Einnahmeseite Massnahmen ergriffen werden sollen. Die Finanzkommission bestätigt nun endlich unsere Haltung. Mit der Rückweisung des Voranschlags verbessert sich die Situation aber nicht. Der Gemeinderat kann keine zusätzlichen Einnahmen aus dem Hut zaubern, die nicht zuerst durch Einwohnerrat und/oder Volksabstimmung genehmigt werden müssen. Insofern bringt eine Rückweisung nichts. Vor allem ist aber am Bericht der Finanzkommission störend, dass die Fiko zwar das Budget zurückweist, aber einem Steuerfuss von 113 % zustimmt. Der Steuerfuss ist ein Bestandteil des Voranschlags und kann nicht voneinander getrennt betrachtet werden. Konsequenterweise hätte die Finanzkommission eine Steuerfusserhöhung fordern müssen, um ihren Forderungen nach zu kommen. Wir werden dies wie angekündigt tun und freuen uns bereits jetzt auf Unterstützung aus den Reihen der Fiko.

Breitschmid Tobias, SVP: Sehr geehrte Präsidentin, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, verehrte Gäste. Die Fraktion SVP Wohlen-Anglikon unterstützt einstimmig den Rückweisanspruch. Der Voranschlag für das nächste Jahr zeigt in Folge ein ungenügendes Finanzergebnis. Auch die Kennzahlenauswertung mit einem Total von 12 Punkten ist ungenügend. Bei dieser schlechten Punktezahl wird darauf hingewiesen, dass die finanzielle Situation nicht in Ordnung ist. Es besteht Handlungsbedarf. Dieser geforderte Handlungsbedarf spiegelt sich jedoch nicht im vorliegenden Voranschlag nieder. Der Voranschlag dient als Planungsgrundlage. Dieser Voranschlag ist jedoch als Planungsgrundlage ungenügend, da bereits mit einem zu schlechten Resultat geplant wird. Es fehlen konkrete Massnahmen für eine nachhaltige und gesunde Finanzlage. Ein weiteres grosses Manko ist die fehlende Perspektive bei diesem Voranschlag. Ein guter Voranschlag zeigt auf, wie die Zukunft in einer solch schwierigen finanziellen Situation bewältigt werden kann. Aus dem geplanten Cash-Flow von CHF 212'000 sollen Nettoinvestitionen von über CHF 3.2 Millionen getätigt werden. Das heisst, dass für den Differenzbetrag fremdes Geld aufgenommen werden muss. Dadurch steigen zwangsläufig die Schulden und damit auch der Zinsaufwand. Die Zunahme der Nettoschuld beträgt innert drei Jahren (Jahre 2011, 2012 und 2013) über CHF 8 Millionen. Diese Entwicklung ist dramatisch. In der Privatwirtschaft wird in einer solchen Situation eine tiefgreifende Restrukturierung durchgeführt. Leider kann, wie der aktuelle Fall der UBS zeigt, nicht einfach die Einnahmeseite durch neue Gebühren oder Abgaben erhöht werden. Nein, es wird vielmehr die Kostenschraube noch härter und drastischer angezogen.

Eine Rückweisung muss nicht a priori etwas Negatives sein. Eine Rückweisung regt zu neuen Ideen und Gedankengängen an. Der Gemeinderat wird dadurch stärker gefordert. Er muss uns innerhalb der gewährten Frist griffige Massnahmen vorlegen können, um das Ergebnis nachhaltig zu verbessern. Bei einer Nichtgenehmigung des Voranschlages bis zum 31. Dezember ist gemäss Finanzdekret der Gemeinderat ermächtigt, die für die Verwaltungstätigkeit unerlässlichen Ausgaben zu beschliessen (§ 20 Abs. 5 FiD). Wir sind somit nicht unter Zeitdruck. Mit einer Rückweisung des Voranschlages bekommt der Gemeinderat eine zweite Chance. Ich bitte Sie, ihm diese Möglichkeit zu geben. Herzlichen Dank für Ihre Unterstützung.

Geissmann Thomas, FDP: Unsere Fraktion der FDP Wohlen Anglikon wird den Rückweisanspruch der Fiko nicht unterstützen. Wir sind zwar mit der Schlussfolgerung einverstanden, dass der Überschuss von CHF 200'000 ungenügend ist und anerkennen die gut gemeinte Absicht hinter dem Rückweisanspruch. Trotzdem wäre eine Rückweisung der falsche Weg. Auf Seite 12 vom vorliegenden Voranschlag zeichnet der Gemeinderat mögliche Massnahmen auf: Überarbeitung Parkierungsreglement, kostendeckende Abfallbewirtschaftung und Veräusserung oder Teilveräusserung von Vermögenswerten. Für uns sind das konkrete Vorschläge, die aber zuerst umgesetzt und vom Einwohnerrat bestätigt werden müssen. Solange diese Entlastungen aber erst im Bereich des Möglichen sind, wäre es falsch, die Einnahmen bereits jetzt zu budgetieren. Wir bitten den Einwohnerrat, den Rückweisanspruch der Fiko abzulehnen. Danke.

Einzelvoten

Stäger Urs, SVP: Um zu verstehen, warum wir für die Rückweisung sind, muss ich zurückschauen:

Der Gemeinderat beschafft in Geheimhaltung für den Angliker-Kreisel einen «Kreisel-schmuck», ohne rechtlich dazu legitimiert zu sein, Kosten über CHF 74'000. Man will die Tour de Suisse nach Wohlen holen, Kosten: Eine Viertel Million. Der Gemeinderat möchte in Anglikon eine Eingangspforte für eine halbe Million errichten lassen. Der Einwohnerrat hat vor Jahren dem Gemeinderat den Auftrag erteilt, das Chinderhuus abzugeben, was pas-

siert? Nichts. 2007 hat der Einwohnerrat dem Gemeinderat den Auftrag erteilt, nach drei Jahren, also 2010, wieder zu beurteilen, ob die Betriebskosten (Gas, Wasser, Strom) neu von den Vereinen statt von der Gemeinde zu berappen seien. Seither ist nichts geschehen, obwohl zum Beispiel Einwohnerrat Thomas Burkard wiederholt darauf hinwies und stets mit fadenscheinigen Argumenten vertröstet wurde. Da wäre etliches Einsparpotenzial. Der FC kann sich zeitweise sogar drei Trainer erlauben, die er bis Vertragsablauf bezahlen musste. Im Finanzplan ist auch bereits der angeblich dringend notwendige neue Kunstrasen erwähnt, der uns Steuerzahler, nicht den FC, satte CHF 500'000 kosten wird. Die Niederermatten ist für mich ein weiteres Beispiel, wie locker der Gemeinderat mit unserem Geld umgeht und wie nachlässig er Aufträge des Dorfparlaments umsetzt, respektive nicht umsetzt. Land wird nicht etwa dem Meistbietenden verkauft, sondern dem, der einem - aus was für welchen Gründen auch immer - passt. Sagt dann der Einwohnerrat nein zu diesem Geschenk, so passiert anschliessend gar nichts mehr. Die Informatik im Gemeindehaus wurde für sehr viel Geld erneuert, man versprach uns, dass dann die Unterhaltskosten sinken, was passiert? Die Unterhaltskosten stiegen massiv an. Der Gemeinderat schafft es praktisch nie, Kreditabrechnungen im gesprochenen Rahmen abzurechnen, Kreditüberschreitungen sind an der Tagesordnung. Die über CHF 80'000 teure Verwaltungsanalyse brachte es an den Tag, das Steueramt hat eine Stelle zu viel. Jetzt gibt es offenbar einen Abgang, doch wer meint, dass nun die Person nicht ersetzt wird, wird auch hier getäuscht. Aktuell sucht man via Inserat Ersatz. Und wer es wagt, gegen unser Steueramt etwas zu sagen, der spürt es am eigenen Portemonnaie, man wird durch geröntgt wie niemand sonst. In den letzten Jahren hat man sehr viel Geld in das Label Energiestadt investiert. Nutzen? Null. Siehe auch im Geschäftsbericht dieses Jahres die Energiebilanz, die Erklärungen des Gemeinderates dazu waren hilflos. Aber selbstverständlich ist man für die Energiewende von Doris Leuthard. Es wird ein Kulturpreis mit öffentlichem Geld verliehen, das ist ebenso unnötig. Unser Gemeinderat kennt vielleicht das Wort «sparen», doch dessen Bedeutung und Umsetzung ist ein Fremdwort. In der Privatwirtschaft wird eine solche Geschäftsleitung abgesetzt. Ich bitte Sie, ein Zeichen zu setzen und das vorliegende Budget im Sinne von Einsparmöglichkeiten zurück zu weisen. Danke.

Roeleven Corina, CVP: Die Finanzlage Wohlens hat sich seit der letztjährigen Budgetdebatte nicht verbessert. Von der Einführung einer neuen Entsorgungsgebühr, von neuen Parkierungsgebühren und dem Standortmarketing-Konzept war damals schon die Rede – umgesetzt wurde im laufenden Jahr noch nichts von alledem. Die Lage bleibt angespannt. Daran ändert auch der später nachgereichte Finanzplan nichts, der, wie der Gemeinderat an der Besprechung mit der Finanzkommission erwähnte, mit vielen Unsicherheiten behaftet ist. Unsicher ist die Entwicklung des Steuersatzes, unsicher sind die geplanten Investitionen, sofern sie im Finanzplan überhaupt enthalten sind. Deshalb plädiere ich als Mitglied der Finanzkommission dafür, dass heute ein STOPP eingelegt wird. Es ist Zeit, mit Polemik aufzuhören und Fakten auf den Tisch zu bringen. Es ist allerhöchste Zeit, konzeptionell zu denken, rasch zu handeln und nach vorne zu schauen.

Fakt 1 ist, dass auch im nächsten Jahr kaum mit 3% Mehreinnahmen bei den Steuern gerechnet werden kann. Die Wachstumsprognosen für die Schweizer Wirtschaft wurden im Herbst für das laufende Jahr gesenkt. Die Expertengruppe des Bundes rechnet für 2013, unter der Voraussetzung einer sich erholenden Weltkonjunktur, mit einem Wachstum von 1,4%. Wie kann der Gemeinderat von 3% ausgehen, wenn Experten nur halb soviel erwarten?

Fakt 2 ist, dass Wohlen nunmehr seit mehr als 10 Jahren über ein Ressort Wirtschaftsförderung verfügt. Vor zwei Jahren wurde in der Budgetdebatte ein einmaliger Betrag für ein Standortmarketing-Konzept gesprochen. Vor einem Jahr schon hiess es von Seiten des Gemeinderates, das Konzept sei in den letzten Zügen, heute liegt es immer noch nicht vor. Auch wenn Steuersätze nicht einziges Kriterium zur Wahl eines Wohnorts sind, so dürfte es

bei einer Steuererhöhung für Wohlen doch schwierig sein, steuerkräftige Neuzuzüger anzulocken. Wie beeinflusst das Marketing-Konzept die zukünftige Finanzplanung der Gemeinde?

Fakt 3 ist, dass eine positivere Finanzsituation nicht nur durch Steuererhöhungen oder das Hinausschieben von Investitionen generiert werden kann. Wohlen muss sich weiterentwickeln, um an Attraktivität zu gewinnen. Hierfür ist konzeptionelles Denken notwendig. Wohlen verfügt nicht über die notwendigen Mittel, Prunkbauten zu erstellen. Gerade bei Projekten wie Schulraum, Badi und Eisbahn ist es jedoch auch Aufgabe des Gemeinderats, keine überzogenen Projekte ausarbeiten zu lassen, die sich Wohlen nicht leisten kann und an der Urne in einer ersten Abstimmung zur Ablehnung prädestiniert sind, als reduzierte Variante dann in einem zweiten Schritt erst gutgeheissen werden. Solche Extrawege kosten nur Geld.

Generell sollte marktüblichen Preisen und Konditionen mehr Beachtung geschenkt werden. Wie kann zum Beispiel der Eintritt in ein Schwimmbad günstiger als eine Glace sein? Solche Überlegungen sind Aufgabe des Gemeinderats. Im Voranschlag 2013 fehlen sie meines Erachtens noch immer, und deshalb plädiere ich für die Rückweisung. Wer heute zu diesen Zahlen ja sagt, muss sich der Konsequenzen bewusst sein. Ich erwarte vom Gemeinderat konkretere Massnahmen – genauso, wie wir es als Fiko schon mit dem Bericht zum letzten Voranschlag erwartet haben.

Meyer Meinrad, CVP: Was erreichen wir mit einer Rückweisung? Ein besseres Budget auf jeden Fall nicht. Die Posten, die der Fiko fehlen, gehören meiner Meinung nach nicht in ein Budget. Diese Posten würden in den Finanzplan gehören. Warum sie im Finanzplan nicht aufgeführt sind, ist allerdings auch für mich ein Rätsel. Eine Rückweisung des Budgets ist fahrlässig und unverantwortlich, da keine wirklichen Verbesserungen für das Jahr 2013 in Aussicht sind. Gestalten wir die Zukunft doch positiv und diskutieren wir, was wir wirklich verbessern müssen. Tiefere Steuern wünschen sich alle, aber von nichts kommt nichts. Auch Gemeinden wie Wettingen, mit einem tiefen Steuerfuss, mussten für 2013 eine Steuererhöhung von 6% budgetieren (89% auf 95%). Die vom Kanton auf die Gemeinden abgewälzten Kosten steigen stetig an. Lassen wir uns nicht von Steuersenkungen blenden, kurzfristig schön und gut, aber die Quittung folgt mittelfristig bestimmt. Aufgeschoben ist nicht aufgehoben. Viele Positionen im Budget streichen, bedeutet nicht automatisch sparen, sondern nur herauschieben. Herausgeschobene Posten, die später dann doch realisiert werden müssen, verursachen meistens noch höhere Kosten, als wenn sie zeitig getätigt worden wären. Wir können uns auch zu Tode sparen wie die EU. Einen Nobelpreis wird Wohlen aber dafür nicht erhalten. Von nichts kommt nichts. Investieren wir jetzt, wo das Geld so günstig zu haben ist. Verschulden wir uns und investieren wir in eine gute Infrastruktur in Wohlen. An Projekten fehlt es nicht. Sanierungen und Erweiterungen der Schulhäuser, Zentrums- und Bahnhofsgestaltung, Eisbahn, Badi und eine neue Bibliothek wollen wir auch, das sind nur einige Beispiele. Nur eine schöne, wohnliche und sichere, mit guter Infrastruktur versehene Gemeinde lockt gute Steuerzahler an. Gehen wir es an, nur so gelingt es, den heute miserablen Pro-Kopf-Steuerertrag anzuheben. Heissen wir das Budget gut und zeigen den guten Willen, alle Herausforderungen, die auf Wohlen zukommen, meistern zu wollen. Senden wir positive Signale. Wer ernten will, muss säen. Nur so können wir mittelfristig ein besseres Budget mit einer Steuersenkung anstreben. Danke.

Spörri Marlis, Präsidentin: Ich begrüsse an dieser Stelle den nachträglich eingetroffenen Präsidenten der Schulpflege, Franco Corsiglia.

Gallati Jean-Pierre, SVP: Meine Fraktion unterstützt den Antrag der Fiko, man solle das Budget zurückweisen. Fraktionssprecher Tobias Breitschmid hat dies begründet. Wir haben natürlich eine leicht andere Begründung als die Fiko. Unsere Begründung hat ein Wort, und das heisst «sparen». Wir sind davon überzeugt, dass der Gemeinderat das Sparpoten-

zial nicht ausgeschöpft hat. Und wir sind auch bemüht - falls die Rückweisung abgelehnt werden sollte, wie es sich ja jetzt abzeichnet, da hier wohl alle trotz grossen Katzenjammer der Meinung sind, es sei ein gutes Budget - Ihnen nachher 50 Sparvorschläge zu präsentieren. Es gab auch schon 159, diesmal sind es also nicht so wahnsinnig viele. Daraus resultiert ein Sparvolumen von CHF 1.1 Millionen. Ich gebe zu, dass 10 bis 15% davon etwas gewagt sind. Aber wir haben ja vom Fiko-Präsidenten gehört, dass wir sanieren müssen. Das Wort «sanieren» kam nicht von der SVP, sondern vom Fiko-Präsident.

Kurz noch ein Satz. Warum sind wir eigentlich hier alle am Jammern? Wir stehen jetzt vor dem Scherbenhaufen einer Hochsteuerpolitik, die schon genau sechs Jahre dauert: Seit dem 1. Januar 2007 mit 115% Steuerfuss, damals aufgezwungen, und nachher mit 113% Steuerfuss. Das Ziel des Gemeinderates und auch der Mehrheit des Einwohnerrates war es in diesen sechs Jahren, mit dem Hochsteuerfuss einen Überschuss von drei und mehr Millionen zu erwirtschaften, mit dem man die Investitionen zahlen könne. Wir sehen jetzt das Resultat: Der Überschuss ist irgendwo bei CHF 200'000, nicht bei drei Millionen, auch nicht bei dreieinhalb Millionen. Das ist das Resultat der Hochsteuerpolitik. Jetzt können wir natürlich so weitermachen, wie es die Sozialdemokraten verlangen und auch der CVP-Sprecher vorher antönte: Wiederum die Steuern erhöhen und scheinheilig im Finanzplan schreiben, mittelfristig wolle man auf das Steuerniveau des Durchschnitts des Bezirks oder des Kantons hinunter. Das ist natürlich scheinheilig. Einfach zusammengefasst: Hochsteuerpolitik führt - übrigens wie in der EU in gewissen Staaten - auch in Wohlen in ein Schlamassel. In diesem Schlamassel stecken wir, und dann wird es eben hart, dann muss man sparen. Gewisse, und wahrscheinlich die Mehrheit im Saal, reagieren selbstverständlich erneut mit Steuererhöhung oder Erhöhung der Gebühren, um die Zitrone noch mehr auszupressen. Das ist gerade nochmals falsch, und wir sind in vier Jahren noch tiefer im Sumpf als heute. Dann wird sich die Frage stellen, wer uns wieder herauszieht, denn wir hier drinnen haben nicht die Kraft zum Sparen und zum Sanieren.

Thiébaud Alain, Freis Wohle/Grünliberale: Schon vor fünf Jahren hatten wir den Zusammenhang zwischen Budget und Finanzplan diskutiert. Eine seriöse Budgetierung ist nicht möglich, ohne dass man einen Finanzplan hat, der genau aufzeigt, was man realisieren will und was nicht. Ich will nicht das Kind mit dem Bad ausschütten, und ich werde dem Rückweisungsantrag auch nicht zustimmen. Aber ich fände es schon essentiell, wenn man im Finanzplan ganz klar aufführen würde, welche Projekte man realisieren will. Da muss man hin stehen, da muss man Entscheide fällen, und diese muss man hier auch präsentieren und vertreten. Für mich ist auch wichtig, dass man jetzt im Hinblick auf die angespannte Finanzlage auf das übergeordnete Recht und auf die dortigen Grundlagen Bezug nimmt. Wenn man die Ausgestaltung des Aargauischen Finanzausgleichs anschaut, finde ich es ein bisschen merkwürdig, dass wir teilweise Investitionen zuoberst auf der Prioritätenliste haben, die eigentlich - gemäss Finanzausgleichsdekret - nicht ausgleichsberechtigt sind, wenn es im Budget ans Lebendige geht. Darauf muss man schon Bezug nehmen. Will man nun eher eine alte Turnhalle sanieren, oder will man irgendwelchen Wahlbedarf realisieren? Ich sage nicht, dass ich a priori für das eine oder gegen das andere bin. Aber irgendwie muss man doch darauf Bezug nehmen.

Noch ein Wort zur SVP: Es ist klar, dass wir eine schlechte Finanzlage haben. Und ich werde auch - sofern dies vernünftig präsentiert wird - den einen oder anderen Sparvorschlag unterstützen. Aber man muss letztendlich auch sehen, dass unsere Finanzlage in Wohlen nicht so ganz selbst verschuldet ist. Auch hier muss man wieder die gesamtkantonale Regelung in Betracht ziehen, und die Ausgestaltung des kantonalen Finanzausgleichs ist für mich nicht nachvollziehbar. Teilweise werden Ausgaben fiktiv angerechnet. Und ich muss jetzt schon sagen: Wohlen ist etwa die allerletzte Gemeinde, also die Gemeinde mit dem absolut tiefsten Pro-Kopf-Steuerertrag im Kanton Aargau, wenn sie Gelder aus dem Finanzausgleich will. Das ist namentlich auch durch die SVP verursacht und ihr Verhalten im Grossen Rat in Bezug auf die rechtlichen Grundlagen. Dann kann man nicht kommen und

sagen, wir seien für unsere Probleme quasi jetzt nur selbst verantwortlich. Vielmehr muss man einen gewissen Ausgleich innerhalb unseres Kantons eben auch befürworten.

Lanz Christian, SVP: Wir haben jetzt viele Voten der Fraktionen gehört. Alle sind der selben Meinung: Wir müssen Einnahmen generieren und sparen. Und wie es sich abzeichnet, kann niemand hinter der Rückweisung stehen. Der Gemeinderat hat seine Aufgaben alle gemacht, so lautet es. In der Presse können wir von Finanzminister Matthias Jauslin lesen: «Wir wollen eine Diskussion und Vorschläge hören». Er sagt: «Was für Vorschläge sind das, bitte sehr.» Das sind grundsätzlich die selben kurzfristigen Massnahmen, die wir im September 2011 in der Budgetdebatte schon gehört hatten. Es war nicht nur in der Budgetdebatte 2011, sondern meines Wissens war das auch in meinen Vorjahren im Einwohnerrat ein Dauerthema. Die Arbeiten werden vollumfänglich gemacht. Franz Wille sagte, die Zusammenarbeit zwischen Finanzkommission und Gemeinderat sollte funktionieren. Das ist auch so. Wenn man die Anfrage der Finanzkommission anschaut - die wir heute nicht behandeln - möchte ich eine Antwort doch erwähnen, und zwar zur Frage 3: «Ignoriert der Gemeinderat die Empfehlungen der Finanzkommission absichtlich?» Dazu sagt der Gemeinderat klar: «Nein, der Gemeinderat ignoriert die Empfehlungen der Finanzkommission nicht. Nach seiner Beurteilung und Abwägung liegen aber genügend Papiere vor. Für die Umsetzung ist er jedoch auf die Mithilfe der Kommission, des Einwohnerrates und der Stimmbürger angewiesen. Es liegt nun an allen Beteiligten, konsequent vorgezeichnete Wege zu gehen.» Das ist der erste Abschnitt dieser Antwort. Im zweiten Abschnitt widerspricht sich aber der Gemeinderat zu 200%. Dort heisst es: «Gemäss § 47 des Gemeindegesetzes obliegt der Finanzkommission unter anderem die Stellungnahme zum Voranschlag, die Prüfung der Gemeinderechnung. Der Gemeinderat kennt seine Aufgaben im Rahmen der geltenden Gesetzgebung.» Ich glaube, wenn er die Gesetzgebung kennt, dann weiss er auch, wie er jetzt handeln muss. Und das, was die Finanzkommission fordert, sollte ankommen. Es ist dringend ratsam, dem Rückweisungsantrag der Finanzkommission zu folgen.

Meyer Meinrad, CVP: Ich möchte bei Jean Pierre Gallati nochmals nachfragen. «Scheinheilig» - ich weiss nicht, was daran scheinheilig ist, wenn man etwas investiert, um ein gutes Geschäft zu machen und sich deshalb verschuldet. Ich finde das nicht so scheinheilig wie das Streichen irgendwelcher Positionen. Dies nur, um ein gutes Budget zu haben, obwohl die Ausgaben später dennoch getätigt werden müssen. Ich denke, es ist scheinheiliger, wenn man etwas bloss auf später verschiebt. Zur Hochsteuerpolitik: Wir wissen hier in der Schweiz alle, dass wir im Vergleich mit dem Ausland nicht so hohe Steuern zahlen. Ein Deutscher zahlt bedeutend mehr.

Gallati Jean-Pierre, SVP: Meinrad Meyer muss ich die Antwort nicht geben, er tat dies bereits selber. Aber ich möchte gerne auf Alain Thiébaud erwidern. In den letzten dreieinhalb Jahren in Aarau sah ich keinen einzigen Antrag der GLP zur Änderung der Spielregeln des Finanzausgleichs. Ich sah verschiedene Anträge aus den Reihen der SVP. Dort ging es dann aber jeweils mehr um die kleinen und die Kleinstgemeinden, die noch mehr privilegiert werden wollten. Allerdings: Wenn es tatsächlich das Ziel der GLP oder auch des Gemeinderates wäre - wie ich es in der Zeitung gelesen habe - dass Wohlen eine Finanzausgleichsgemeinde wird, wäre das natürlich himmeltraurig. Wenn wir eine Finanzausgleichsgemeinde wären, müssten wir versuchen, dass wir möglichst schnell keine mehr sind.

Thiébaud Alain, Freis Wohle/Grünliberale: Wohlen wäre genau dann keine Finanzausgleichsgemeinde, wenn man langfristig durch nachhaltige Massnahmen den Steuerertrag anheben würde. Das ist mehr oder weniger klar. Der Rest ist eine Frage der Definition von Kriterien. Und diesbezüglich hat der Kanton Aargau halt ein anderes Modell als in anderen Kantonen gewählt. So kann man beispielsweise den Kanton Zürich mit seinem Ressourcenausgleich nicht zum Vergleich heranziehen. Aber das ist letztlich auch eine Frage des politischen Willens. Man kann Wohlen nicht den Vorwurf machen, in den letzten Jahren

massiv zu viel Geld ausgegeben zu haben. Verbesserungsmöglichkeiten gibt es natürlich immer.

Burkard Thomas, Grüne: Ich muss ganz klar sagen, dass der Finanzausgleich im Kanton Aargau überdacht werden muss. Trotz des Votums von Jean-Pierre Gallati ist es eindeutig, dass dies nötig ist. Es geht nicht, dass Regionalzentren wie Wohlen sämtliche Lasten tragen müssen - auch für die umliegenden Gemeinden - und dafür keinen Finanzausgleich erhalten. Es liegt auf der Hand, dass dies in nächster Zeit geändert werden muss und wird.

Abstimmung

Der Antrag der Finanzkommission

Rückweisung des Voranschlages

wird mit 14 Ja- zu 20 Nein-Stimmen bei 0 Enthaltungen abgelehnt.

Spörri Marlis, Präsidentin: Das Wort hat Finanzminister Matthias Jauslin.

Jauslin Matthias, Vizeammann: Ich bekam von der Präsidentin ein Zeitfenster, um auf zwei, drei Punkte im Voranschlag noch genauer einzugehen, und ich möchte dies gerne nutzen. Ich möchte Ihnen an dieser Stelle aber auch danken, dass Sie den Rückweisungsantrag abgelehnt haben. Ich kann Ihnen hier sagen: Während meiner Zeit im Gemeinderat habe ich die Erfahrung gemacht, dass die politische Umsetzung irgendwelcher Anträge länger dauert als in der Privatwirtschaft. Das sind wertvolle Erfahrungen.

zu beachten...



- Der Gemeinderat will keinen Leistungsabbau
- letzter Voranschlag nach HRM 1, Budget 2014 nach HRM 2
- Konsolidierte Gesamtrechnung Aufwand 74 Mio., Ertrag 71 Mio.
- Ausgabendeckung LR gewährleistet, kein Aufwandüberschuss
- Wohlen kein Finanzausgleich (Spreitenbach 2012, 1.12 Mio, 101%)
- Keine Erhöhung Lohnsumme Personal
- + 0.3 feste Stelle für Casino dafür Minderaufwand Dritte
- Nicht bewilligte Stelle Bauverwaltung entfällt CHF -70'000.-
- Reduktion Konto 200.314.02 um CHF -18'000.- Spielgeräte



Zu beachten im Voranschlag 2013: Erstens ist der Gemeinderat davon überzeugt, dass wir in Wohlen jetzt keinen Leistungsabbau betreiben dürfen. Die aufgezeigten Leistungen will der Gemeinderat auch weiterhin durchziehen. Zweitens ist dies der letzte Voranschlag nach HRM 1; das Budget 2014 werden wir nach HRM 2 anschauen. Bitte beachten Sie auch in der Diskussion: Die Gemeinde macht einen Umsatz von CHF 74 Millionen, der Ertrag ist CHF 71 Millionen. Wir haben es hier also mit einem relativ grossen Betrieb zu tun. Und wenn wir dann über kleine Beträge diskutieren, behalten Sie bitte die Gesamtzahlen im Hinterkopf. Die Aufgabendeckung in der Laufenden Rechnung (LR) ist gewährleistet. Ich möchte nochmals betonen, dass der Gemeinderat Ihnen einen Voranschlag vorlegt, worin der Aufwand mit dem Steuerertrag gedeckt ist. Die Gemeinde Wohlen bezieht keinen Fi-

nanzausgleich, wie es schon gesagt wurde. Interessant jedoch: Spreitenbach 2012, Steuerfuss von 101%, Bezug von Finanzausgleich im Umfang von CHF 1.12 Millionen. Ich frage mich, warum wir hinten anstehen sollen. Ich frage mich, warum wir uns schämen sollen, wenn wir ebenfalls einen Finanzausgleich möchten. Ich möchte in diesem Zusammenhang Alain Thiébaud mitteilen, dass es in der Verwaltung eine Arbeitsgruppe gibt, die die Aufgaben- und Lastenverteilung neu aufgleisen soll. Die Arbeiten laufen, die ersten Resultate werden jedoch voraussichtlich erst 2014 sichtbar sein.

Keine Erhöhung der Lohnsumme: Wir zeigen Ihnen ein Budget, in dem wir die Lohnsumme nicht erhöhen. Wir können uns auch in dieser Beziehung nicht vorwerfen lassen, dass wir nicht sparen. Das Personal muss mit einer Nullrunde auskommen. In der Bauverwaltung werden im korrigierten Budget CHF 70'000.00 für eine von Ihnen nicht bewilligte Stelle selbstverständlich gestrichen. Im Konto 200.314.02 werden CHF 18'000.00 für Spielgeräte gestrichen (alte Spielgeräte konnten gebraucht werden und sind im Kindergarten bereits in Betrieb).

zu beachten...



- Kennzahl Kanton ungenügend (12 Pkt. Wohlten, max=24)
- Ein Steuerprozent entspricht rund CHF 300'000.-
- Steuern Veranlagung 2012 aktuell 92.89% (VJ 91.18%)
- Zuschuss Abfallbeseitigung CHF 847'700.- (2.7% der Steuer)
- Der Gemeinderat will mit der Einführung einer kostendeckender Abfallbewirtschaftung das Budget um diesen Betrag entlasten.
Eine gleichzeitige Steuerfusserhöhung ist politisch nicht umsetzbar



Weiter beachten Sie bitte, dass die Kennzahlen mit 12 Punkten effektiv ungenügend sind. Diesbezüglich muss ich Ihnen nichts vormachen. Ich kann auch nichts schönreden, es ist so. Nur ist die Punktzahl ein Richtwert, und Sie werden nachher sehen, wie stark sich dies verändern kann. Ein Steuerprozent entspricht rund CHF 300'000.00. Steuern Veranlagung 2012 - das ist vielleicht eine Neuheit, die Sie jetzt mitnehmen können - zum jetzigen Zeitpunkt sind wir bei 92.89%, im Vorjahr zur selben Zeit waren wir bei 91.2%. Wir werden also auch 2012 mit den budgetierten Zahlen eher knapp abschliessen. Der Zuschuss Abfallbeseitigung von CHF 847'000.00 macht 2.7% der Steuereinnahmen aus, eine relativ grosse Position. Der Gemeinderat will mit der Einführung der kostendeckenden Abfallbewirtschaftung das Budget um diesen Betrag entlasten. Eine gleichzeitige Steuerfusserhöhung - also zusammen mit der Abfallbewirtschaftung - erachtet der Gemeinderat zurzeit als politisch nicht umsetzbar, damit hätten wir vor dem Volk keine Chance.

	Voranschlag	Voranschlag	Rechnung	Abweichung	
	2013	2012 (inkl. NK)	2011	2012	2011
Nettoaufwand Geld	34'702'900	33'819'500	29'693'414	2.6	16.9
Gemeindesteuern (DS 900)	34'915'000	34'130'000	33'231'958	2.3	5.1
Cash-Flow (Eigenfinanzierung)	212'100	310'500	3'538'544		
Vorgeschriebene Abschreibungen	178'900	0	0		
Zusätzliche Abschreibungen	33'200	310'500	3'538'544		



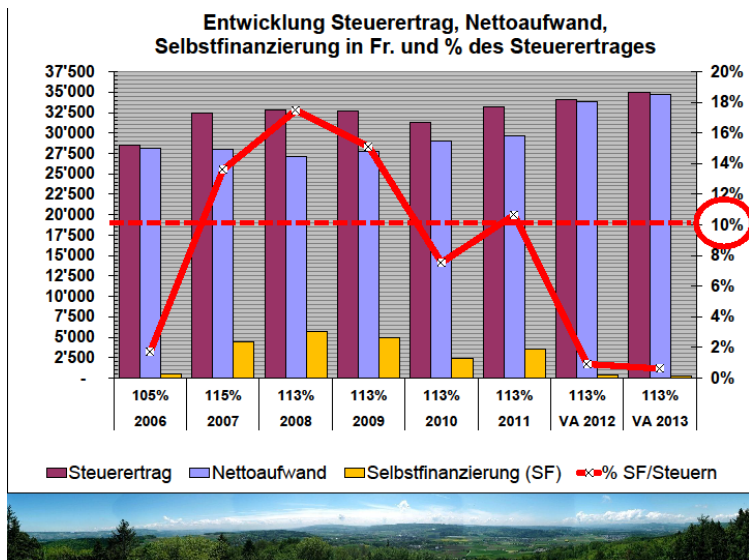
Zusammenzug: Der Nettoaufwand von CHF 34.7 Millionen und die Gemeindesteuern von CHF 34.9 Millionen ergeben einen bescheidenen Cash-Flow von CHF 212'000.00. Dieser wird jetzt noch ein wenig korrigiert, wie vorher gesagt (CHF 70'000.00 für die Stelle in der Bauverwaltung und CHF 18'000.00 für die Spielgeräte im Kindergarten), und je nach heutigem Ausgang der Diskussionen noch etwas mehr.

Investitionsrechnung Seite 7 und 83 – 87	
Total Ausgaben Investitionen	7,4 Mio.
Total Einnahmen Investitionen	4,2 Mio.
Nettoinvestitionsvolumen	3,2 Mio.
Nettoinvestitionsvolumen	3,2 Mio.
Abschreibungen	- 0,2 Mio.
voraussichtlicher Finanzierungsfehlbetrag	3.0 Mio.

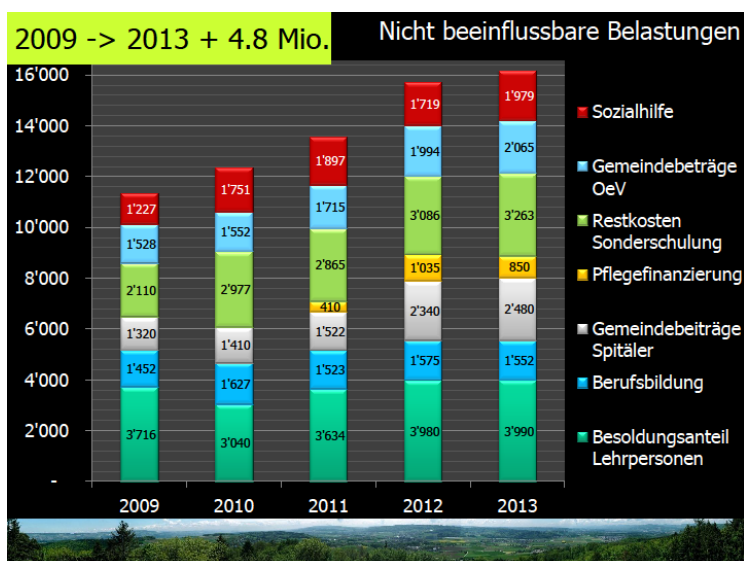
- *Fremdkapital anfangs 2012 28,2 Mio. Der Finanzierungsfehlbetrag führt zu einer Erhöhung des Fremdkapital.*
- *Die Nettoschuld beträgt Ende 2013 rund Fr. 9.2 Mio. (Anfangs 2012 = 1.2 Mio)*



Zur Investitionsrechnung: Wir tätigen Investitionen von CHF 7.4 Millionen, die bis jetzt beilligt worden sind. Selbstverständlich werden wir Sie in nächster Zeit noch mit mehreren Berichten und Anträgen beglücken. Die Einnahmen von CHF 4.2 Millionen sind Gebühren, sind Einnahmen von Dritten. Das ergibt ein Nettoinvestitionsvolumen von CHF 3.2 Millionen. Das finanzieren wir mit mickrigen CHF 200'000.00 Abschreibungen, woraus sich ein voraussichtlicher Finanzierungsfehlbetrag von CHF 3 Millionen ergibt, der selbstverständlich fremd finanziert werden muss.




Die blauen Säulen bedeuten den Nettoaufwand. Und aus der Steuerertrags-Tabelle ersieht man, wie wenig noch verbleibt. Daniel Angst erwähnte dies bereits. Wenn man nun die Selbstfinanzierung daneben legt - das Geld, was man für die Investitionen zur Verfügung stellen könnte - sieht man, dass die gelbe Säule im Jahr 2011 noch sehr hoch war, in den Jahren 2012 und 2013 jedoch praktisch inexistent ist. Optimal wäre ein SF-Prozentsatz von 10% (CHF 3 Millionen), wie der Gemeinderat immer wieder aufzeigte. Aus dem Verlauf der entsprechenden Linie - 2012 und 2013 reissen ein ernsthaftes Loch - ergibt sich, dass hier Massnahmen ergriffen werden müssen.



Ich komme jetzt zu einem wichtigen Teil, und das ist etwas, was man von der Grössenordnung her beachten muss: Die nicht beeinflussbaren Belastungen. Wir können Ihnen noch lange erzählen, wo man überall sparen könnte. Wir können Ihnen noch lange erzählen, dass man vielleicht in der Badi kleinere Projekte realisieren soll, dass man den Badi-Eintritt erhöhen soll. Ich möchte Ihnen einfach zeigen, was wir schlicht nicht beeinflussen können: Der Besoldungsanteil Lehrpersonen, die Berufsbildung, die rasant angestiegenen Gemeindebeiträge an die Spitäler, die Pflegefinanzierung als ebenfalls sehr schwieriges Thema, die Restkosten Sonderschulung, die Gemeindebeiträge OeV und die Sozialhilfe. Sie sehen übrigens, wie sich die Säulen von Jahr zu Jahr verändern. Daraus ergibt sich über die Jahre insgesamt eine Mehrbelastung von CHF 4.8 Millionen. Und das holen wir nicht wieder hinein, indem wir die Bibliotheksgebühren erhöhen oder den Eintritt in die Badi.

Jetzt komme ich zu einer Folie, die Sie erstmals sehen:

Auszug Wahlbedarf 2013 (GR steht zu diesem Wahlbedarf)  Gemeinde Wohlen

Einwohnerrat	CHF	130'000	Volksabstimmung
Blockzeiten/Randstunden	CHF	122'000	ER 12.11.2007 / 18.06.2012
Schulsozialarbeit	CHF	350'500	Volksabstimmung vom 07.03.2010
Kulturförderung	CHF	226'300	Budget
Casino	CHF	147'400	Volksabstimmung 7.02.99
Gemeindebibliothek	CHF	257'900	ER-Beschluss 18.03.74
Sport	CHF	68'500	Budget
Schwimmbad	CHF	227'200	Volksabstimmung
Niedermatten	CHF	386'300	Volksabstimmung 3.03.02
Kunsteisbahn	CHF	154'500	Volksabstimmung 21.12.75
Verein Jugend+Freizeit	CHF	180'000	Volksabstimmung 26.09.93
Skilager	CHF	33'000	Budget
Chinderhuus	CHF	231'900	ER-Beschluss 19.09.94
Betriebsbeitrag BIFANG	CHF	250'000	Volksabstimmung 24.02.2008
Zinsbeitrag BIFANG	CHF	267'000	Volksabstimmung 24.02.2008
Ortsbus (Anteil öV ca.)	CHF	200'000	Volksabstimmung 7.03.93
Total	CHF	3'232'500	



Das ist es eigentlich, worüber Sie heute diskutieren müssten. Wo müssten wir denn wirklich ansetzen? Der Gemeinderat ist der Ansicht, dass man hier nicht ansetzen kann. Das sind Kosten und Positionen, die wir uns selbst auferlegt haben, die Organe der Gemeinde Wohlen bzw. der Einwohnerrat oder das Volk wollten das so. Suchen Sie sich selber aus, was man von den CHF 3.2 Millionen streichen soll. Der Gemeinderat ist der Überzeugung, dass wir diese Dienstleistungen den Bürgerinnen und Bürgern schuldig sind.

Verhältnismässigkeit



Aufwand / Ertrag 2011	Wohlen	Ø Kanton
Steuerertrag pro Kopf 100%	CHF 2'047.90	CHF 2'554.40
Nettoaufwand pro Kopf	CHF 2'031.00	CHF 2'174.00
Veränderung Aufwand Vorjahr	+ 1,5 %	+ 2.5 %
Aufwand im Bezug Bevölkerungszahl		
Wachstum 2012 +350 Personen	+350 Pers.	+ 2.6 %
Theoretische Zunahme Aufwand	710'850.00	
zBsp. öV Beitrag	48'000.00	



Damit Sie die Grössenordnung sehen: Im Schnitt beträgt der Kopfsteuerertrag auf kantonaler Ebene CHF 500.00 mehr als in Wohlen. Wenn man das auf rund 15'000 Einwohner umrechnet, stellen Sie fest, dass unser Problem effektiv bei den Einnahmen bzw. beim Pro-Kopf-Steuerertrag liegt. Interessanterweise ist aber der Nettoaufwand tiefer. Wir sind somit nicht in «Fantasiezahlen»: Der Gemeinderat und die Verwaltung sind vielmehr sehr daran interessiert, tiefe Aufwände zu präsentieren und entsprechend zu sparen.

Wir wachsen im Jahr mit ca. 350 Personen. Wenn Sie diese Zahl mit dem Nettoaufwand pro Kopf multiplizieren, dann ergibt dies eine theoretische Zunahme von CHF 710'000.00. Wir haben 15'000 Einwohner in Wohlen und sind kein kleines Dorf, sondern auf dem Weg zu

einer Stadt. Mit dem Zuwachs von 350 Personen kostet uns allein der öV-Beitrag fast CHF 50'000.00 mehr pro Jahr. Bis wir das wieder «drinnen» haben, müssen Sie viel sparen.

Massnahmen	Wirkung
Parkierungsreglement (KGV beim ER)	kurzfristig
Abfallbewirtschaftung (Vorlage beim ER)	kurzfristig
Veräusserungen Grundstücke und Beteiligung	mittelfristig
Weitere Aktivitäten gemäss Tätigkeitsprogramm	
Einhalten der Kredite und Budget	dauernd
Sichern hohen Baustandard	langfristig
Koordinationsstelle Altbausanierungen	langfristig
Sichern geeignete Standorte für Unternehmungen	mittelfristig
Verhältnis Arbeitsplätze/Einwohnerzahl verbessern	mittelfristig
Neue Unternehmen mit qualifizierten Arbeitsplätze	mittelfristig
Verursachergerechte Belastung an Bezüger	mittelfristig



Auf diese Folie, die ich das letzte Mal schon zeigte, gehe ich nun nicht mehr im Detail ein. Es wurde uns gesagt, wir hätten nichts gemacht. Ehrlicherweise kann von aussen vielleicht der Eindruck entstehen, wir hätten nichts gemacht. Es ist aber eine wahre Knochenarbeit, bis Sie nur schon das Parkierungsreglement beisammen haben oder eine Abfallbewirtschaftung, die - eventuell - mehrheitsfähig ist. Denken Sie daran, dass der Stimmbürger das Parkierungsreglement bereits schon einmal ablehnte, dass die Abfallbewirtschaftung vom Volk dreimal abgelehnt wurde. Unter solchen Voraussetzungen ist es verständlich, dass man mit einer neuen Vorlage länger zuwartet.



Auswirkung kostendeckende Abfallbewirtschaftung

Nettoaufwand Budget GR	34'702'900
Abzüglich Grüngut und Recycling	- 847'700
Nettoaufwand ohne Quersubvention	33'855'200
Gemeindesteuern (DS900) 113%	34'915'000
Cash-Flow Vorstellung Gemeinderat	<u>1'059'900</u>

Eine entsprechende Vorlage liegt vor. Kennzahl steigt auf 16 Pkt.



Zu den Auswirkungen der kostendeckenden Abfallbewirtschaftung: Der Auftrag an das Departement wurde schon lange erteilt, und wir haben in der Kommission intensiv daran gearbeitet. Allein wegen dieser Vorlage würde die ominöse Kennzahl von 12 auf 16 Punkte hinaufschnellen. Das wäre zwar immer noch nicht im Superbereich, aber deutlich höher als heute.

Und nun zeige ich Ihnen eine Folie, bei der Sie mir zugestehen müssen, dass ich das als Finanzchef darf oder will oder muss:

Rezept Brunner (gemäss Pressemitteilung 12.10.2012)	
Cash-Flow (Eigenfinanzierung) Budget GR	212'100
Zusätzliche Sparvorschläge mindestens	1'000'000
Cash-Flow mit Sparvorschläge	1'212'100
Mindereinnahmen Steuerfuss 105%	-2'400'000
Cash-Flow Rezept Brunner	<u>-1'187'900</u>



Aus dem «Rezept Brunner» würde wegen der Mindereinnahmen durch den reduzierten Steuerfuss ein Cash-Flow von minus CHF 1.19 Millionen resultieren. Alle reden vom Sparen und davon, dass der Gemeinderat seine Aufgaben nicht gemacht habe. Und nun zeigt man solch ein Rezept, das nicht funktionieren kann.

az online, 12.10.2012

Neuenhofs Tiefsteuerpolitik erleidet nach zwei Jahren Schiffsbruch

Die Tiefsteuerpolitik von Neuenhof endet mit einem Fiasko. Um ein Millionenloch in der Kasse zu verhindern, muss der Gemeinderat die massive Steuersenkung von 2010 auf 2013 wieder rückgängig machen.

Aus der Pressemitteilung 12.10.2012 der Gemeinde Neuenhof:
«Der Voranschlag 2013 weist mit einem Steuerfuss von 115% einen Aufwandüberschuss von Fr. 1'966'300.- aus.»



Vor wenigen Tagen erschien diese Pressemitteilung auf az online. Angesichts solch eines Ergebnisses kann uns niemand erzählen, unsere Steuerpolitik sei gescheitert. Deshalb unser Antrag:

Der Gemeinderat beantragt die Genehmigung des Voranschlages 2013 mit einem unverändertem Steuerfuss von 113%



Nur so haben wir die Möglichkeit, die Abfallbewirtschaftung im Volk durchzubringen.

Spörri Marlis, Präsidentin: Wir kommen zu den Fraktionsmeinungen zum Budget 2013.

Fraktionsmeinungen

Perroud Arsène, SP: Für die SP Wohlen bestätigt sich einmal mehr, was wir seit Jahren sagen: Die Gemeinde Wohlen hat ein Ertragsproblem, und es besteht auf Einnahmeseite Handlungsbedarf. Die Fiko bestätigt uns, und ich möchte nicht die Voten der SP Fraktion aus den letzten Jahren zu den jeweiligen Voranschlägen wiederholen.

Vier wichtige Punkte, die aufzeigen, dass die Forderung nach Steuerfusserhöhung objektiv betrachtet richtig ist:

1. Wohlen hat einen Investitionsstau und betreibt Desinvestition: Wir betreiben seit Jahren eine verfehlte Investitionspolitik. Wir investieren eigentlich viel zu wenig in die gemeindeeigenen Liegenschaften. Bei einem versicherten Gebäudewert der Gemeinde von rund CHF 200 Millionen ist es einfach nötig, mehr Mittel zu investieren. Jede und Jeder, der ein eigenes Haus hat, weiss, wie wichtig der Werterhalt der Liegenschaft ist. Die Gemeinde Wohlen betreibt durch die fehlenden Investitionen eigentlich eine De-Investitionspolitik. Das ist verheerend, und wir werden in den nächsten Jahren einige saftige Rechnungen präsentiert bekommen. Zwischen 1988 und 2006 lag der Steuerfuss der Gemeinde Wohlen unter dem kantonalen Mittelwert. Genau während dieser Jahren entwickelte sich der Steuerbetrag der Einwohner nicht mehr parallel mit dem kantonalen Mittelwert und liegt seither darunter. Oder mit anderen Worten: Auch mit einem tieferen Steuerfuss hat die Steuerkraft nicht soviel zugelegt wie in den anderen Aargauer Gemeinden. Damit wird aufgezeigt, dass ein tiefer Steuerfuss überhaupt keine Garantie ist, Gutverdienende anzuziehen. Wir haben nun auch das auszubaden, was durch jahrelanges Nichtstun verursacht wurde. Wir müssen die fehlenden Investitionen nun aufholen. Hätte die Gemeinde Wohlen in all den vergangenen Jahren angemessen investiert, stünden wir heute wesentlich besser da.
2. Steuerstruktur der Gemeinde Wohlen: Wie wir alle wissen, hat rund 75%, also drei Viertel, der Wohler Bevölkerung ein steuerbares Einkommen von CHF 70'000 und darunter. Das wäre der Mittelstand. Ich zähle mich somit zum oberen Rand des Mittelstands dazu. Ein steuerbares Einkommen von CHF 100'000 und mehr haben in Wohlen gerade mal 10% der Bevölkerung. Diese Zahlen hat das Steueramt Wohlen erhoben und

wurden verschiedentlich in den Geschäftsberichten kommuniziert. CHF 70'000, das ist beispielsweise eine Familie, die CHF 80'000-90'000 jährlich verdient und Kinderabzüge, Reisekosten, evtl. Hypothekarschulden abziehen kann. Eine Durchschnittsfamilie also. Wir müssen also, wenn wir die Steuerkraft der Wohler Bevölkerung erhöhen wollen, die Einkommen dieser Einkommensgruppen fördern. Und genau dafür sind Beiträge in Bildungsangebote wie Deutschkurse, Fördermassnahmen für sozial schwache Menschen, Integrationsmassnahmen usw. sehr wichtig und langfristig rentable Investitionen. Genauso wie gute Verkehrsverbindungen, die es ermöglichen, in Wohlen zu wohnen und Ausserorts zu arbeiten. Mit einem steuerbaren Einkommen von CHF 70'000 macht eine Steuererhöhung von 3% rund CHF 84 mehr im Jahr aus, oder mit anderen Worten: CHF 1.50/Woche. Bei CHF 90'000 sind es 132 Franken mehr im Jahr. Und bei jemandem, der CHF 25'000-30'000 pro Monat verdient oder ein steuerbares Einkommen von CHF 300'000 hat, sind 3% Erhöhung CHF 750 (Tarif B) und CHF 850 (Tarif A). Bleiben wir also realistisch und wahren das Verhältnis. 3% Steuerfusserhöhung sind tragbar, eine andere Aussage wäre total realitätsfremd. Wenn wir den Pro-Kopf-Steuerertrag auf das kantonale Mittel anheben möchten, dies hat der ehemalige Fiko-Präsident Benz aufgezeigt, wären 250 Steuerzahler notwendig, die 300'000 CHF steuerbares Einkommen haben. Oder es wären über 900 Steuerpflichtige notwendig, die ein steuerbares Einkommen von CHF 150'000 haben. Das ist vor den Abzügen etwa soviel, wie der Wohler Gemeindeammann als Startlohn verdient. Und 900 Gemeindeammänner in Wohlen - das will wohl niemand haben. Ich meine es nicht persönlich, Walter. Das ist doch einfach unrealistisch. Wir erreichen eine bessere Steuerkraft, wenn wir die breite Bevölkerung stärken.

3. Wir haben keine unnötigen Ausgaben resp. fast keinen Wahlbedarf: Für uns ist klar, dass die Angebote des Wahlbedarfs in Wohlen ausgebaut werden müssen. Wir leisten uns im Vergleich mit anderen Gemeinden wenig bis nichts, was wir nicht unbedingt tun müssen. Wir haben:
 - Keine übermässigen Ausgaben im Kulturbereich
 - keine teuren Luxusbauten der Gemeinde
 - keine überdimensionierte Schulanlagen
 - keine Stelle zu viel in der Verwaltung
 - keine Ausgaben zu viel im Sozialbereich
 - keine neuen und riesigen Freizeitanlagen

Die Liste liesse sich noch lange weiterführen. Dies sind aber alle Faktoren, welche die Attraktivität der Gemeinde ausmachen. Als Otto Normalbürger zieht man nirgendwohin, weil der Steuerfuss tief ist, sondern weil das Angebot der Gemeinde den Bedürfnissen entspricht. Und dieses Angebot wird vor allem durch die Massnahmen des Wahlbereichs bestimmt.

4. Unternehmenssteuern werden kantonale festgelegt: Die Steuersätze für Unternehmen werden auf kantonaler Ebene festgelegt. Das ist uns allen klar. Gerade eben haben wir leider einer Senkung der Unternehmenssteuern zugestimmt, welche der Gemeinde Wohlen Ertragsausfälle bringen wird, die nicht so einfach zu verkraften sind und wahrscheinlich eine Steuerfusserhöhung bringen werden. Es spielt für ein Unternehmen also keine Rolle, ob die Gemeinde einen hohen oder tiefen Steuerfuss hat, das ist alles kantonale geregelt. Der Kanton Aargau ist für Unternehmen attraktiv. In den Rankings liegt der Aargau jeweils im vorderen Viertel im Vergleich zu anderen Kantonen. Ungefähr zwischen Rang 6 und 8. Die Frage ist also: Wie attraktiv ist die Gemeinde als Wohngemeinde für die Angestellten der Unternehmen, und was für Unternehmen werden angesiedelt? Wieviel Gewinn werfen sie ab, und wie qualifiziert sind die Jobs? Gemeinderat und Einwohnerrat müssen das fördern. Dass dies nur mit einer lebens-

werten Gemeinde funktionieren kann, mit einer Gemeinde, die ein spannendes Kulturangebot hat, in der das Bildungsangebot überdurchschnittlich ist und die mit dem öffentlichen Verkehr gut erschlossen ist, ist selbstverständlich. Und vor allem muss eine Gemeinde eine positive, selbstbewusste, attraktive und zukunftsgerichtete Ausstrahlung haben, um interessant zu bleiben. Dazu müssen wir einen Beitrag leisten.

5. Lohnerhöhung Personal: Wie bereits in der Presse kommuniziert, fordern wir eine Erhöhung der Lohnsumme für die Gemeindeangestellten. Sie sind es, die massgeblich an der positiven Entwicklung der Gemeinde Anteil haben. In den letzten Jahren haben wir wiederholt die beantragten Lohnerhöhungen halbiert, gekürzt oder ganz gestrichen. Das sind einfach die falschen Zeichen. Wir erachten es als komplett falsch vom Gemeinderat, eine Nullrunde zu beantragen. Das Gehaltssystem der Gemeinde Wohlen basiert auf leistungsorientierten Löhnen. Es gibt keine Altersstufen oder dergleichen, die zu einem automatischen Anstieg führen. Die Gleichung lautet: Gute Leistung = Lohnerhöhung. Wenn man ein solches System einführt, dann muss man auch die Systematik richtig anwenden. Sonst verkommen das gesamte Lohnsystem und alle Mitarbeiterbeurteilungen zur Farce. Die Leistungen der Gemeindeangestellten können ja nicht mit der finanziellen Situation gleichgestellt werden. Sie können bestimmt nichts dafür. Wir erachten die Gemeindeangestellten als wichtiges Kapital der Gemeinde Wohlen, und das wollen wir pflegen. Auch hier wollen wir keine De-Investition. Es bringt uns nichts, wenn wir das Personal für die schwierige finanzielle Situation strafen und keine Lohnerhöhungen gewähren. Damit schneiden wir uns ins eigene Fleisch.
6. Zusammengefasst: Wir sind der Meinung, dass im Voranschlag zu wenige Investitionen in den Unterhalt der Gebäude, die Freizeitanlagen, in den Bildungsbereich, die Kultur, die Jugend und den gesamten Sozialbereich vorgesehen sind und der Steuerfuss zu tief angesetzt ist. Wir wissen aber auch, dass es unrealistisch ist, Mehrheiten für viele unserer Anliegen hier im Rat zu finden und verzichten daher auf einen Berg von Anträgen. Wir werden in der Detailberatung einzelne Anträge vorbringen und es vom Verlauf der Beratung abhängig machen, ob wir dem Voranschlag zustimmen werden oder nicht. Die Gemeinde Wohlen hat nicht die Steuerkraft, die andere Gemeinden haben, unser Ziel muss der kantonale Mittelwert sein. Das erreichen wir mit einer lebenswerten Gemeinde, die der Bevölkerung etwas bietet. Das Angebot macht unsere Gemeinde attraktiv, und dafür müssen wir investieren. Eine Steuerfusserhöhung von 3% ist voll und ganz zu vertreten.

Wille Franz, CVP: Ich möchte zunächst Matthias Jauslin zu seinem sehr guten Referat gratulieren.

Zum Budget 2013 kommt mir die alte Aussage eines Feldherrn in den Sinn: Die Lage ist katastrophal, aber nicht hoffnungslos. Wenn eine grosse Gemeinde mit einem Steuerfuss, der 10% über dem kantonalen Mittel liegt, gerade noch knapp die Kriterien eines ausgeglichenen Haushaltes erfüllen kann, ist das schlecht. Wenn die Gemeinde nicht mehr aus eigener Kraft investieren kann, so ist das unbefriedigend. Wenn relativ bescheidene Investitionen mit 3 Millionen fremd finanziert werden müssen, verschieben wir weitere Belastungen der laufenden Rechnung in die Zukunft, und das ist keine nachhaltige Lösung. Immerhin bewegen sich Erträge und Aufwände etwa im Gleichschritt sanft nach oben, aber das bewirkt keine Verbesserung.

Wo steht Wohlen im Kantonsvergleich? Von den 31 Gemeinden mit mehr als 5000 Einwohnern belegt Wohlen 2012 mit seinem Steuerfuss den 26. oder 6-letzten Rang. Noch schlechter sind weitere Gemeinden, die vergleichbar mit Wohlen einst blühende Industriezentren waren, aber nach dem industriellen Niedergang die ungünstigen Bevölkerungs-

strukturen behalten haben: Möhlin, Reinach, Windisch, Menziken und Aarburg, Schlusslicht mit 124%. Hätten wir eine durchschnittliche Struktur und wäre der durchschnittliche Pro-Kopf-Steuerertrag in Wohlen im kantonalen Mittel, so wären die Steuereinnahmen rund 8.5 Millionen Fr. höher. Damit könnten wir gut leben. Beide Feststellungen sind auch ein Hinweis auf einen heute falsch konzipierten Finanzausgleich. Ich hoffe auf die bisherigen und neuen Grossräte.

Gemeinderat, die CVP und weitere Parteien haben in ihren Programmen eine Annäherung des Steuerfusses an das kantonale Mittel angestrebt. Die CVP hält an diesem mittelfristigen Ziel fest. Aber wir haben Zweifel daran, dass die geplanten und notwendigen Grossinvestitionen damit zu finanzieren sind. Wir wissen auch erst mit dem nächsten Budget, wie sich das neue Rechnungsmodell des Kantons in der Gemeinde auswirkt. Wir wissen auch noch nicht, wie sich die Revision des Steuergesetzes, die im Aargau angenommen wurde, ab 2014 auf Wohlen auswirken wird. In dieser ungewissen Situation sollte nicht am Steuerfuss geprübelt werden. Deshalb wird die CVP für 2013 weder einer Steuerfuss-Erhöhung, noch einer Steuerfuss-Senkung zustimmen.

Zwei Entscheide des Gemeinderates mit Auswirkungen auf die Finanzlage haben in der CVP-Fraktion Unverständnis ausgelöst. Da ist erstens der Finanzplan. Seit Jahren ist allen politisch Tätigen in Wohlen klar, dass beträchtliche Investitionen in die Schulanlagen bevorstehen, welche eine deutliche zweistellige Millionensumme beanspruchen werden. Ich nehme dabei nicht Bezug auf die Resultate der Schulraumplanung, sondern auf vielerlei Aussagen der Behörden in den Jahresberichten, an Veranstaltungen und von Planungen für Gebäudesanierungen. Welchen Stellenwert sollen wir einem Finanzplan zumessen, der zwar allerlei kleine Beträge (unter CHF 100'000) ausweist, aber für Schulraum ausser Fassaden- und Installationssanierungen bis 2017 keinen Franken vorsieht?

Und zweitens ist es die ablehnende Haltung des Gemeinderates zum Ausgleich von Planungsmehrwerten, der in anderen Gemeinden bereits funktioniert. Für den Gemeinderat ist es offenbar normal, dass die Gemeinde hohe Beträge und Verwaltungsarbeit zur Revision der Nutzungsplanung Siedlung aufwendet und nachher die Grundeigentümer einen Mehrwert, den sie selber nicht geschaffen haben, gratis zugeteilt erhalten. Die Aussage, dass die Gemeinde ein Einnahmeproblem habe, wird durch solche Entscheide unglaubwürdig. Über diesen Fall werden wir noch separat verhandeln. Verärgerung ist in der Politik ein schlechter Ratgeber. Also mache ich einen positiv gemeinten Vorschlag an die Adresse des Gemeinderates und der Fraktionsleitungen. Wir, die wir aufgefordert sind, konstruktiv für Wohlen zu arbeiten, sollten uns spätestens bei Bekanntwerden der Rechnung 2012 zusammensetzen, um uns einmal gründlich über die Wohler Finanzen und die weiteren Folgen auszusprechen.

Zurück zum Budget 2013 und zur Haltung der CVP:

1. Die CVP-Fraktion wird dem vorgelegten Budget, wenn auch mit wenig Begeisterung, grossmehrheitlich zustimmen.
2. Wir werden in der Regel Anträgen auf Erhöhung einzelner Budgetpositionen nicht zustimmen. Wir werden aber in der Regel auch Anträgen auf Kürzung oder Streichung von einzelnen Budgetpositionen nicht zustimmen.
3. Wir stimmen der Beibehaltung des Steuerfusses von 113% für das Jahr 2013 zu.

Geissmann Thomas, FDP: Meine Damen und Herren, es ist anzunehmen, dass unsere heutige Sitzung länger dauern wird. Dies aufgrund der Tatsache, dass zwischen den verschiedenen Parteien grosse Uneinigkeit besteht. Einig sind wir uns aber in einem Punkt: Mit einem Überschuss von etwa CHF 200'000 werden wir die Investitionen, die wir sehr bald zu

meistern haben, nicht bewältigen können. Es müssten, wie wir gehört haben, idealerweise CHF 3 Millionen sein. Ein Einnahmeüberschuss von CHF 200'000 geht für ein oder zwei Jahre, irgendwann wird uns die Realität aber einholen. Was tun wir in dieser Situation? Mitte-Links-Politiker sagen: Steuern hinauf, wenn nicht heute, dann morgen. Rechts-Konservative treten für das Gegenteil ein: Steuern sofort hinunter. Das Budget ist eine Planrechnung. In der Politik ist es aber immer auch eine Konsequenz aus den vergangenen Entscheidungen. Viele wundern sich, warum die Kosten Jahr für Jahr steigen. Wer auf die letzten Jahre zurück schaut, sieht aber, warum es so ist. Jedes Jahr haben wir zusätzliche Stellen bewilligt. Jedes Jahr hat unsere Gemeinde zusätzliche Aufgaben übernommen. Ein sehr weiser Staatsmann - übrigens ein Liberaler - sagte einmal über sein Land: Frankreich ist ein äusserst fruchtbares Land; man pflanzt Staatsbeamte, und es wachsen Steuern. Wundern wir uns, wenn der Voranschlag für das nächste Jahr derart ernüchternd ausfällt? Wir hier im Saal wollten, dass unsere Gemeinde immer mehr Aufgaben und Kosten übernimmt. Die Folgen dieses Gutmenschentums müssen wir heute verantworten. Was also ist die Haltung unserer Fraktion? Die grössten Kostenschübe sind auf Einwohnerratsbeschlüsse der vergangenen Jahre zurück zu führen. Das können wir heute nicht umstossen. Die grösste und einfachste Kostenersparnis liegt wahrscheinlich im Gebäudeunterhalt. Nur wäre das reiner Selbstbetrug. Die Kosten lassen sich zwar streichen. Sie würden uns aber ein Jahr später in noch grösserem Ausmass einholen. Wir vertrauen der Finanzkommission, dass sie die Aufwandsposten nach Notwendigkeit und finanziellem Ausmass durchforstet hat und kein wesentliches Sparpotenzial orten konnte. Aus diesem Grund werden wir dem Voranschlag für das Jahr 2013 zustimmen. Wir danken der Finanzkommission für ihren grossen Einsatz und den aufschlussreichen Bericht.

Sax Simon, Freis Wohle/Grünliberale: Nachfolgend die Fraktionsmeinung von EVP/GLP: Wir danken der Verwaltung für die Ausarbeitung des Voranschlages 2013 sowie für den Bericht der Finanzkommission. Eine budgetierte Selbstfinanzierung von rund CHF 220'000 erachten auch wir – wie auch vorhin vom Finanzvorsteher gehört - als absolut ungenügend. Und wenn man hört, dass der budgetierte Steuerertrag mit Vorsicht zu geniessen sei, läuft es einem kalt den Rücken hinunter. Selbst wenn die kostendeckende Abfallbewirtschaftung und die Parkplatzbewirtschaftung im 2013 eingeführt werden, liegt das Ergebnis weit unter unserem Ziel von CHF 5 Millionen Selbstfinanzierung, wobei der Gemeinderat ja schon mit CHF 3 Millionen zufrieden wäre. Aber auch das wird mehr als deutlich verfehlt. Mit dem aktuellen Ergebnis haben wir keinen Spielraum. Jede Investition muss fremd finanziert werden. Auch wenn im Moment die Zinsen günstig sind, die Schulden hat man trotzdem, und man muss sie irgendwann zurückzahlen. Wie wir schon mehrmals gehört haben, sei auf der Ausgabenseite die Zitrone ausgepresst. Dies bringt insbesondere das Problem von Unterhaltstau und Investitionstau mit sich. Denn sparen ist nicht gleich sparen. Wirklich sparen ist gut, aufschieben ist dagegen eine Zeitbombe.

Zur Lohnerhöhung: Das Bundesamt für Statistik macht zum Jahr 2013 die Prognose, dass es eine negative Jahreststeuerung geben wird. Eine 0%-Lohnrunde ist also nicht als Bestrafung zu sehen. Effektiv gibt es sogar eine Kaufkraftsteigerung.

Wir sind der Meinung, dass der Steuerfuss nicht das einzige Kriterium für die Attraktivität einer Gemeinde ist. Eine Steuerfusserhöhung, ob im 2013 oder später, stellt für uns eine Möglichkeit dar. Eine Kombination von Steuerfusserhöhung und Einführung der kostendeckenden Abfallbewirtschaftung erachten wir aber als problematisch. Wir werden ohne Begeisterung dem Voranschlag 2013 zustimmen. Noch einige Worte zu der in Aussicht gestellten Flut von Kürzungsanträgen. Vielleicht hat es ja sogar noch einige sinnvolle darunter. Aber über keine einzige davon wurden die anderen Fraktionen vorgängig informiert, jedenfalls wir nicht. Meine Damen und Herren Antragssteller: Es ist doch nicht seriös, wenn die anderen Einwohnerrätinnen und Einwohnerräte innerhalb von Sekunden oder Minuten ohne Austausch und weitere Abklärungen und Informationen über solche Anträge entscheiden müssen. Ich muss Ihnen nicht erklären, dass es hier im Einwohnerrat Mehrhei-

ten für einen Entscheid braucht. Wer wirklich an einer Kürzung interessiert ist, bemüht sich um solche Mehrheiten. Wer solche Mehrheiten nicht sucht, gerät in Verdacht, nur Schaumschlägerei zu betreiben. Ich möchte, auch im Namen unserer Fraktion, festhalten, dass wir – Ausnahmen vorbehalten – solche Anträge ablehnen werden.

Brunner Edwin, SVP: Guten Abend miteinander. Wir haben jetzt sehr schöne und auch gute Referate gehört bzw. die Fraktionsmeinungen. Man hörte alles: Von oben nach unten, von rechts nach links. Ich kann Ihnen nur sagen, dass wir von der SVP Wohlens dem Budget mit einem Steuerfuss von 113% nie und nimmer zustimmen können. Matthias führte mein B-Rezept vor. Kurzfristig ist es ja richtig, was wir gesehen haben. Aber wir sind der Überzeugung, dass das Rezept mittel- bis langfristig Wirkung zeigen würde. Wir behaupten, dass sich die Steuerkraft eben doch durch eine Steuersenkung erhöht. Das kann man nicht wegdiskutieren. Wir mussten heute zur Kenntnis nehmen, dass der Rückweisungsantrag abgelehnt wurde. Jetzt müssen wir das Beste daraus machen. Wir hörten jetzt von verschiedenen Seiten klar, dass man keine Kürzungsanträge annehmen will. Im Moment muss ich mich also schon fragen, was wir hier überhaupt noch machen? Im Prinzip könnten wir die Sitzung abbrechen. Es wird so sein wie immer, wie all die vergangenen Jahre: Wir bringen Vorschläge, und der ganze Rest im Saal sagt Nein. Es braucht halt einen gewissen Leistungsabbau. Anders geht es nicht. Wir müssen halt auf gewisse Sachen verzichten, auch wenn es weh tut. Das geht jeder Familie so. Und wir sind hier eine grosse Familie in Wohlens.

Nur ganz kurz zur Begründung unseres Antrag auf Senkung des Steuerfusses auf 105%: Die Löhne - so hörten wir es vorhin - bleiben oder sinken. Ich selbst bin auch der Meinung, dass die Kaufkraft jetzt gestiegen ist. Diverse Firmen werden ihre Löhne nach unten anpassen. Nicht nur wegen des starken Frankens, nicht nur wegen der EU, es gibt verschiedene andere Gründe. Und eine Steuerhöhung oder der gleich bleibende Steuerfuss ist in Gottes Namen für tiefere Einkommen eine Belastung, auch wenn es nur um CHF 80.- geht. Die CHF 80.- für tiefere Einkommen sind eine Belastung. Ein höherer Steuerfuss, auch von 113%, ist einfach auch heute noch ein Hindernis für reichere Neuzuzüger. Manch ein Neuzuzüger sagt sich, bei 113% komme ich nicht nach Wohlens. Wie viele Neuzuzüger haben wir jetzt am Rebberg gefunden? Wir möchten mit unserer Diskussion über das Budget auch erreichen, dass man den ganzen Einwohnerrat und auch den Gemeinderat dazu zwingen kann, einmal darüber nachzudenken, was wirklich nötig ist, was wir wirklich brauchen. Vorhin hörten wir, was man alles unterstützen soll. Ich kann nicht einmal alles wiederholen: Kultur, Jugend, alles. Mann, so kommen wir in ein kleineres Griechenland hinein. Das geht nicht. Die Attraktivität für Private und Firmen in Wohlens kann man nicht einfach steigern, indem man sagt, wir wollen alles. Meine Herren, so geht es nicht. Wir müssen sparen, wir müssen mit den Ausgaben hinunter. Es geht so nicht weiter.

Burkard Thomas, Grüne: Geschätzte Damen und Herren. Auch wenn wir jetzt erst am Schluss kommen, ist es trotzdem wichtig, was wir zu sagen haben. Ich möchte Thomas Geissmann noch kurz sagen: Warum steigen jetzt die Kosten ständig? Darauf hattest du keine Antwort gegeben. Ich habe eine: Weil unsere Bedürfnisse immer steigen. Ich möchte allen hier im Saal zu bedenken geben, dass wir auf ganz hohem Niveau jammern. Wenn man das europäische und das weltweite Umfeld anschaut, müssen wir uns einfach mal ganz klar bewusst sein, wo wir stehen.

Vieles wurde schon gesagt. Die Rahmenbedingungen sind bekannt. Die Kennzahlen sind schlecht. Es besteht Handlungsbedarf. Ich möchte für die Grüne Fraktion folgende Schwerpunkte festhalten: Wir begrüssen grundsätzlich die finanzpolitischen Zielsetzungen des Gemeinderates. Massnahmen zur Ertragssteigerung sind dringend notwendig. So müssen zum Beispiel die Kosten für die Entsorgung des Grüngutes verursachergerecht abgerechnet werden. Das ist ein Muss. Es besteht aber auch auf der Ausgabenseite Handlungsbedarf. Ich sehe zwar beim vorliegenden Budget keine wesentlichen Sparmöglichkeiten.

ten mehr, die Zitrone ist ausgepresst, aber wir sind in allen Gremien stark gefordert, bei den Investitionen vermehrt Prioritäten zu setzen oder auch - wo möglich - Etoppierungen ins Auge zu fassen. Gerade bei regionalen oder überregionalen Projekten müssen in Zukunft die Gemeinden in der näheren und weiteren Region mehr zur Kasse gebeten werden. Wir sind uns bewusst, dass es da keine rechtliche Handhabe gibt. Aber wir sollten so gut verhandeln, dass allen klar wird, dass wir als Regionalzentrum auf die Gelder angewiesen sind. Ansonsten muss auf die Projekte verzichtet werden, zum Nachteil auch der Agglomerationsgemeinden. Ein neuer Finanzausgleich ist unbedingt anzustreben. Ich appelliere an unsere Vertreterinnen und Vertreter im Grossen Rat, dies zu beherzigen. Als Regionalzentrum ist Wohlen darauf angewiesen. Umso wichtiger ist für uns Grüne, dass wir unter diesen Bedingungen einigermaßen im finanziellen Gleichgewicht bleiben können, das heisst erstens wir müssen – je nach Wunschkonzert – eine Steuererhöhung ins Auge fassen, und zwar jetzt, ohne Aufschub; das heisst zweitens wir müssen wohl die Nettoschuld pro Einwohner massvoll erhöhen (einziger Trumpf, den wir noch haben) und das heisst drittens wir müssen auch lernen, auf das eine oder andere Projekt halt zu verzichten. Um das werden wir nicht herumkommen. Wenn wir ehrlich sein wollen, wird ein Gemisch von alledem den Weg in die finanzpolitische Zukunft weisen. Wir danken der ganzen Verwaltung für die Erstellung der umfassenden und seriös erarbeiteten Unterlagen.

Einzelvoten

Thiébaud Alain, Freis Wohle/Grünliberale: Gerade nochmal zu Edi Brunner: Ich glaube eigentlich nicht, dass wir solch eine radikale Verzichtsplanung an die Hand nehmen sollten. Ich finde es nicht unbedingt einsichtig, dass Leute, die hier in Wohlen wohnen - und jetzt denke ich an die Worte Ihres Fraktionschefs im Grossen Rat im Kanton Aargau, der noch einen anständigen Job hat, der also nicht ein hoch verdienender Banker oder Anwalt ist - ich sehe nicht ein, dass die Leute auf alles verzichten sollen. Ich bin Gerichtsschreiber am Arbeitsgericht Zürich. Dort habe ich zwei Sorten von Leuten. Ich habe einfache Leute, die irgendwo auf einem Bau in Zürich arbeiten. Wo wohnen sie? In Schwamendingen, Dietikon, in Spreitenbach, vielleicht in Volketswil, und ganz viele wohnen auch hier im Freiamt. Wenn ich Leute habe, die ein garantiertes Einkommen von CHF 200'000.00 haben, und die dann zu mir kommen, um den Bonus von CHF 750'000.00 pro Jahr einzuklagen, haben Sie das Gefühl, diese leben im Freiamt? Nein, sie sind in Erlenbach, in Wollerau. Mit diesem Wettbewerb der steuergünstigen Gemeinden können wir gar nicht mithalten. Insofern ist der Hinweis auf einen gewissen Finanzausgleich auch wichtig und richtig für unser Land, für unseren Zusammenhalt. Es kann nicht angehen, dass man bestehende Ungleichheiten gegeneinander ausspielt.

Gallati Jean-Pierre, SVP: Im Gegensatz zu gewissen Vorrednern möchte ich kein staatsmännisches Votum oder ein Manifest vorlesen. Aber eine ernst gemeinte Frage an Finanzvorsteher Matthias Jauslin: Auf der Folie, ca. die fünfte, auf welcher die Massnahmen aufgeführt sind, die der Gemeinderat mittelfristig ins Auge fasst, ist mir etwas ins Auge gestochen, dessen Bedeutung ich nicht verstanden habe. Es steht: Veräusserung Beteiligungen. Wir haben gar nicht so viele Beteiligungen in der Gemeinde Wohlen. Es fallen mir nur gerade zwei, drei ein. Ein Beispiel sind die Aktien der Bremgarten-Dietikon-Bahn, wie ich glaube. Dann die Aktien der IB Wohlen AG, eventuell gibt es noch weitere.

Jauslin Matthias, Vizeammann: Ich antworte kurz auf diese Frage. Auf der Folie steht effektiv: Veräusserung Grundstücke und Beteiligungen. Ich zeigte schon das letzte Jahr diese Folie. Der Gemeinderat hat im Frühling 2013 eine Strategiesitzung mit der IBW. Der Gemeinderat sieht im Moment keine Veräusserung der Beteiligung an der IBW. Die Veräusserung von Grundstücken ist jedoch etwas anderes. Wir haben mit dem Isler-Areal ein sehr gutes Grundstück. Und dort müssen wir zusammen mit dem Investor etwas machen. Unser Anteil sollte in die Überbauung eingeworfen werden. Das sind die Dinge, die angedacht

sind. Wir haben noch andere Grundstücke, deren Verkauf jedoch momentan nicht zur Diskussion steht.

Detailberatung:

Spörri Marlis, Präsidentin: Wir kommen zur Detailberatung. Seiten 1 bis 38 (Bericht Kennzahlen und Erläuterungen) beziehen wir jetzt nicht mehr in die Detailberatung ein. Darüber wurde heute schon genug geredet. Wir fangen deshalb mit der Seite 45 in der laufenden Rechnung an und gehen anschliessend seitenweise vor. Wer möchte sich dazu äussern?

Seite 45, Konto 011.319 Beiträge an Gemeinde- und Städteverband

Brunner Edwin, SVP: Jedes Jahr komme ich wieder mit dem, was mich stört, mir verleidet es langsam. Wir müssen die Mitgliedschaft sofort kündigen, wir sind keine Stadt. Wir könnten, wenn ich es richtig ausrechne, CHF 7'900 sparen, weil der Gemeindeverband ja bleiben würde. Unser Volk hat nämlich einmal entschieden, dass wir keine Stadt sind.

Die Mitgliedschaft soll auf den nächst möglichen Termin gekündigt und der Betrag auf die Höhe der Mitgliedschaft im Gemeindeverband reduziert werden.

Dubler Walter, Gemeindeammann: Der Gemeinderat bittet Sie, den Antrag abzulehnen. Der Zweck des Städteverbandes ist folgender: Dort werden die gemeinsamen Interessen von Gemeinden mit städtischem Charakter gewahrt und den Mitgliedern Dienstleistungen erbracht. Der Städteverband vertritt sachbezogene Interessen der Mitglieder gegenüber den Bundesbehörden, der Öffentlichkeit sowie nationalen und internationalen Organisationen. Er fördert den Erfahrungsaustausch zwischen den Mitgliedern und organisiert Tagungen, Schulungen und Ausstellungen. Er erarbeitet und publiziert regelmässig Grundlagenmaterial. Zudem fördert der Verband Studien über Stadtprobleme. Aus dem Aargau sind folgende Gemeinden dabei: Aarau, Baden, Lenzburg, Rheinfelden, Wettingen (Wettingen ist auch keine Stadt), Wohlen und Zofingen. Ich habe jetzt mehrere Ortschaften aufgezählt, Wohlen ist die viertgrösste. Es ist hier auch eine Frage der Solidarität gegenüber anderen grösseren Gemeinden. Deshalb bitten wir Sie, dem Antrag nicht stattzugeben.

Abstimmung

Der Antrag

das Konto 011.319 Beiträge an Gemeinde- und Städteverband sei um CHF 8'060.00 zu kürzen

wird mit 13 Ja- zu 19 Nein-Stimmen bei 1 Enthaltung abgelehnt (1 Einwohnerrat ist momentan nicht im Saal).

Seite 45, Konto 011.300.01 Sitzungs- und Taggelder (ER, GPK, FK)

Vogt Roland, SVP: Es ist uns bekannt, dass die Ausgaben an den Einwohnerrat reglementarisch festgehalten sind. Als gutes Beispiel, dass die finanzielle Lage auch vom Einwohnerrat ernst genommen wird, stellen wir den Antrag, dass wir im nächsten Jahr auf 10% unserer Einnahmen verzichten. Ich bin überzeugt, dass niemand im Einwohnerrat das Amt des Geldes wegen ausübt und jeder auf 10% seiner Entschädigung verzichten kann. Unsere Tätigkeit wird deshalb nicht weniger gewürdigt und soll auch in Zukunft entsprechend entschädigt werden. Mit diesem kleinen Beitrag können wir die Finanzen nicht retten, aber ein

Zeichen setzen. Ich bitte die Versammlung, folgenden Antrag zu unterstützen: Das Konto 011.300.01 Sitzungs- und Taggelder soll um Fr. 3'300.00 auf Fr. 29'700.00 gekürzt werden.

Dubler Walter, Gemeindeammann: Der Antrag ist formell falsch. Es gibt ein Reglement über die Entschädigung. Aber damit Sie einen aktiven Beitrag leisten können, steht der SVP-Fraktion nichts entgegen, mit einem Schreiben an die Finanzverwaltung auf die Auszahlung der Sitzungsgelder an Sie zu verzichten. Das können Sie machen. Aber Sie können jetzt nicht solch einen Beschluss fassen und damit das vom Einwohnerrat beschlossene Reglement ausser Kraft setzen. Ich bitte Sie, den Antrag abzulehnen.

Weibel Christoph, Gemeindegeschreiber: Ich schliesse mich den Ausführungen von Gemeindeammann Walter Dubler an. Es handelt sich hier um eine reglementarisch festgehaltene Entschädigung, um eine gebundene Ausgabe, über die formell keine Abstimmung möglich ist.

Spörri Marlis, Präsidentin: Somit fahren wir ohne Abstimmung fort.

Seite 45, Konto 012.300.03 Gemeinderat Austrittsgeschenke

Gallati Jean-Pierre, SVP: Zum Budgetposten Gemeinderat Austrittsgeschenke: Wir haben schon mehrfach gehört, was gesetzlich vorgeschrieben ist, müsse man ausgeben. Jetzt haben wir aber hier eine Budgetpositionen, die nicht nur gesetzlich eben nicht vorgesehen ist, sondern bei der es nicht korrekt ist, wenn man die Austrittsgeschenke bezahlen würde. Wir haben einen Entscheid des Departements des Innern, worin steht, ohne reglementarische Grundlage dürfe man solche Geschenke nicht auszahlen. Es gibt keinen einzigen Grund, wieso man hierfür CHF 1'000.00 budgetiert. Hier gehört eine Null hinein, oder noch besser würde man die ganze Position streichen. Jeder, der hier mehr als eine Null genehmigt, beweist seinen fehlenden Sparwillen. Antrag: Konto 012.300.03: Null.

Dubler Walter, Gemeindeammann: Was Ihnen der Abgang eines Gemeinderates wert ist, überlasse ich Ihrer Einschätzung. Aber die Äusserung von Jean-Pierre Gallati zeigt mir, dass wir ohnehin nichts richtig machen können. Diese Budgetposition ist mehr als Eselsleiter gedacht. Von Abgängen ist nämlich nichts bekannt, und wir überlassen es Ihrer Einschätzung, ob die Position bleibt oder nicht.

Abstimmung

Der Antrag

das Konto 012.300.03 Gemeinderat Austrittsgeschenke sei auf CHF 0.00 zu setzen

wird mit 13 Ja- zu 20 Nein-Stimmen abgelehnt.

Seite 45, Konto 012.317.01 Ehrenaussgaben, Repräsentationskosten

Gallati Jean-Pierre, SVP: Der nächste Budgetposten Ehrenaussgaben CHF 14'000.00 sei auf CHF 7'000.00 zu kürzen. Begründung: Sparen. Sie können wieder zeigen, dass Sie nicht sparen wollen, wenn Sie den Antrag ablehnen.

Abstimmung

Der Antrag

das Konto 012.317.01 Ehrengaben, Repräsentationskosten sei um die Hälfte, auf CHF 7'000.00, zu kürzen

wird mit 12 Ja- zu 20 Nein-Stimmen bei 1 Enthaltung abgelehnt.

Kontogruppe 301 Löhne

Perroud Arsène, SP: Wie angekündigt, beantragen wir eine Erhöhung der Lohnsumme um 1.5%. Die Begründung, dass die Teuerung momentan rückläufig ist, greift nur halb. Das Lohnsystem in Wohlen basiert auf einem Leistungslohn, wie ich es vorher schon erklärte. Wenn wir keine Lohnerhöhung gewähren, hebeln wir das Gehaltssystem aus. Das Gehaltssystem wurde - genau weiss ich es nicht mehr - im Jahr 2008 eingeführt. Diverse Einwohnerräte waren damals in der Arbeitsgruppe. In den letzten Jahren strafte wir jedesmal das Personal ab, und das ist einfach falsch. Wenn wir uns positiv weiter entwickeln wollen, müssen wir unser Personal positiv fördern - und dazu gehört auch, dass wir eine kleine Lohnerhöhung zahlen. Damit bitte ich um Unterstützung für die Erhöhung der Lohnsumme um 1.5%.

Dubler Walter, Gemeindeammann: Wir haben die Begründung von Arsène Perroud aufmerksam verfolgt. Widersprechen können wir seiner Argumentation grundsätzlich nicht. Trotzdem müssen wir Sie bitten, unserem Antrag stattzugeben. Das heisst, wir fahren eine Nullrunde. Aber wenn man von dieser Auslegeordnung redet, kann das nicht der Dauerzustand sein. Für alles Weitere, was Sie nachher diskutieren, ist es ein deutliches Zeichen dafür, wie restriktiv der Gemeinderat mit dem ganzen Budget vorgegangen ist. In dem Sinne - contre coeur - bitten wir Sie, den Antrag abzulehnen.

Burkard Thomas, Grüne: Ich habe hierzu eine Frage: Wie hoch ist die prozentuale Lohnerhöhung im Kanton für das nächste Jahr?

Dubler Walter, Gemeindeammann: Der Regierungsrat beantragt dem Grossrat 1%, aber beschlossen ist noch nichts, weil die Budgetberatung erst später stattfindet.

Stäger Urs, SVP: Geschätzte Anwesende. Wir haben eine Negativteuerung. Und wenn wir keine Lohnerhöhung gewähren, ist das überhaupt nicht als Strafe zu empfinden. In der Privatwirtschaft - Arsène, wo du vermutlich noch nie gearbeitet hast - sind die Löhne tendenziell sinkend.

Perroud Arsène, SP: Lieber Urs Stäger, ich muss dich enttäuschen. Ich habe bis jetzt immer in der Privatwirtschaft gearbeitet. Früher in der Bauwirtschaft, jetzt im Verein für Jugend und Freizeit. Das ist eine privatrechtliche Organisation, die selbstverständlich Aufträge von der öffentlichen Hand bekommt. Ich war noch nie Staatsangestellter, entgegen deiner Vermutung. Es ist einfach so, und dessen muss man sich bewusst sein: Wir haben Mitarbeitende, die einen Vertrag haben. In diesem Vertrag steht u. a., dass es bei guter Leistung einen besseren Lohn gibt. Das steht auch im Reglement. Wenn wir keine Lohnerhöhung gewähren, brechen wir schlussendlich das Reglement. Ob das richtig ist, überlasse ich Eurer eigenen Entscheidung.

Keller Anna, Grüne: Wir Grünen sind der Meinung, dass die Gemeindeangestellten tatsächlich gut arbeiten, obwohl sie von den Stellenprozenten her knapp dotiert sind. Wir unterstützen den Antrag von Arsène Perroud.

Angst Daniel, FDP: Eine generelle Lohnerhöhung von 1.5% hat keine Leistungskomponente. Und das ist der Pferdefuss des Antrags. So weh es mir als Fiko-Präsident auch tut, weil wir sehen, dass das Personal der Gemeinde sehr gute Leistungen erbringt. Was den Leistungslohn betrifft, ist der Gemeinderat gefordert, das jeweils im Voranschlag einzubringen. Wir teilten dem Gemeinderat mit, dass wir dies inskünftig im Voranschlag abgebildet sehen möchten. Dann kann man nämlich auch im Einwohnerrat über so etwas abstimmen. Danke.

Thiébaud Alain, Freis Wohle/Grünliberale: Es freut mich selber als Staatsangestellter nicht wirklich. Aber ich habe dieses Jahr auch eine Null-Runde. Deshalb: Naja.

Abstimmung

Der Antrag

die Erhöhung der Lohnsumme um 1.5%

wird mit 8 Ja- zu 25 Nein-Stimmen bei 1 Enthaltung abgelehnt.

Seite 46, Konto 020.311 Mobiliaranschaffungen

Brunner Edwin, SVP: Mobiliaranschaffung für die Büros der Sozialen Dienste. Für die neuen Möbel sind CHF 100'000.00 budgetiert. Ich war kürzlich in diesem Büro. Ich bin der Meinung, auf die neuen Möbel kann man verzichten. Die Neumöblierung braucht es nicht. Das Ganze ist aber verknüpft mit dem Konto 090.314.02, das heisst man sollte das Büro noch renovieren. Das sind dann nochmal CHF 43'000.00, über die wir abstimmen. Schlussendlich befinden wir über CHF 143'000.00. Die CHF 10'000.00 für die anderen Abteilungen lassen wir aber stehen. Die Büros der Sozialen Dienste kann man so sein lassen, wie sie sind. Das Konto soll um CHF 100'000.- gekürzt werden.

Dubler Walter, Gemeindeammann: Wir haben in Sachen Möblierung klare Konzepte. Es hat mit dem Steueramt begonnen und in der Bauverwaltung die Fortsetzung gefunden. Und wer schon in den Büros war, sieht ganz klar, dass in einem Gemeindehaus, das nun schon seit 40 Jahren in Betrieb ist, die Bürolandschaft eine klare Aufwertung erfahren hat. Denken Sie daran, dass dort Leute acht bis neun Stunden arbeiten. Wenn Sie vorhin der Lohnerhöhung nicht zustimmen konnten, ist es das Mindeste, was man machen muss. Die Leute müssen ein gutes Werkzeug haben. Gerade, wenn Sie die Büros der Sozialen Dienste anschauen, kann ein solches Flickwerk nicht sein. Setzen Sie ein klares Zeichen, damit die Leute auch nach modernen Kriterien arbeiten und sich am Arbeitsplatz wohl fühlen können. Lehnen Sie den Antrag Edi Brunner ab.

Degischer Oliver, parteilos: Ich habe an meinem Arbeitsplatz nun schon die dritte Möblierung mitgemacht. Es wird modernisiert, es gibt neue Möbel, das ist auch notwendig für die Mitarbeiter. Aber ich kann Ihnen sagen, dass es in der Industrie immer weniger Platz für die Mitarbeiter geben wird. Heutzutage hat man nur noch ein mobiles Pult neben sich, in dem fünf Bundesordner Platz haben. Wenn man schon ein neues Möblierungskonzept hat, muss man auch über Verdichtung nachdenken und mehr Mitarbeiter ins selbe Büro setzen. In der Industrie ist das schon seit zehn Jahren so.

Dubler Walter, Gemeindeammann: Ich lade Oliver Degischer - nachdem ihm die Exekutivarbeit offenbar mehr liegt - gerne zu einem Rundgang durch das Gemeindehaus ein. Vor allem die Büros der Sozialen Dienste darf er gerne besichtigen. Dann wird er schnell fest-

stellen, dass der Grad der Verdichtung schon sehr hoch ist. Weniger Platz würde ich den Mitarbeitern da nicht zumuten.

Degischer Oliver, parteilos: Walter Dubler, ich nehme dein Angebot zu einer Führung durch das Gemeindehaus sehr gerne an. Die Exekutivarbeit liegt mir tatsächlich wesentlich mehr. Ich werde hier auch dem Antrag von Edwin Brunner zustimmen, obwohl ich die Detailkenntnisse nicht habe, um den Antrag fundiert zu beurteilen. Es geht mir lediglich darum, den Willen zum Sparen zu zeigen. Ob das nun in jedem Fall gerechtfertigt ist, kann ich ohne Detailkenntnisse nicht beurteilen. Es geht mir um das Prinzip Sparen.

Abstimmung

Der Antrag

das Konto 020.311 sei um CHF 100'000.00 zu kürzen

wird mit 9 Ja- zu 23 Nein-Stimmen bei 2 Enthaltungen abgelehnt.

Seite 46, Konto 020.318.05 Neuzuzügeranlass

Brunner Edwin, SVP: Der Neuzuzügeranlass wird neu jedes Jahr durchgeführt. Ich finde, das ist ein guter Anlass. Ich stelle ihn nicht in Frage. Aber, wäre es nicht möglich, dass man wenigstens für die Hälfte des Betrages Sponsoren suchen kann? Ich stelle den Antrag um Kürzung um CHF 2'000.00.

Abstimmung

Der Antrag

das Konto 020.318.05 Neuzuzügeranlass sei um CHF 2'000.00 zu kürzen

wird mit 11 Ja- zu 23 Nein-Stimmen abgelehnt.

Perroud Arsène, SP: Ich habe einen Antrag zum allgemeinen Wohlbefinden. Ich hätte gerne eine Pause (20:30 Uhr).

Spörri Marlis, Präsidentin: Wir machen eine Pause von 15 Minuten. Draussen stehen Früchte bereit damit wir nachher wieder konzentriert arbeiten können. Die Früchte sind von Ariane Gregor und mir gesponsert.

Seite 47, 024.301 Löhne

Gallati Jean-Pierre, SVP: Es wurde auch schon vom Gemeinderat gesagt, dass man bei den Löhnen die nicht bewilligte Stelle von 70% in der Bauverwaltung korrigieren muss. Ich stelle somit den Antrag um entsprechende Korrektur bei den Löhnen auf CHF 900'000.00.

Jauslin Matthias, Vizeammann: Das ist eine zu grosse Reduktion, Jean-Pierre Gallati. Diese Position muss um CHF 70'000.00 reduziert werden, ich sagte es schon im Eintretensreferat.

Spörri Marlis, Präsidentin: Es liegt ein korrigierter Antrag vor das Konto 024.301 auf CHF 930'000.00 zu reduzieren.

Jauslin Matthias, Vizeammann: Ich wiederhole: Man kann von den Löhnen CHF 70'000.00 abziehen. Wenn Sie dem Antrag von Jean-Pierre zustimmen, machen Sie eine grössere Reduktion. Und das geht nicht, man kann nicht einfach die Löhne reduzieren. Wir werden die nicht bewilligte Stelle selbstverständlich abziehen. Von mir aus braucht es hierfür keinen Antrag, wir kommunizierten Ihnen das bereits. Wenn Sie jetzt dem Antrag von Jean-Pierre zustimmen, machen Sie eine Lohnsenkung für die Mitarbeiter der Bauverwaltung.

Dubler Walter, Gemeindeammann: Die Leute sind nach dem Personalreglement angestellt. Darum, wie es der Finanzvorsteher sagte, korrigiert der Gemeinderat von sich aus um CHF 70'000.00. Wenn die neue Bauverwalterin hier ist, wird nächstes Jahr ein Bericht und Antrag bezüglich der neuen Stelle kommen.

Abstimmung

Der Antrag

das Konto 024.301 Löhne in der Bauverwaltung sei auf CHF 930'000.00 zu reduzieren

wird mit 4 Ja- zu 24 Nein-Stimmen bei 6 Enthaltungen abgelehnt.

Seite 48, Konto 091.312 Heizmaterial, Strom, Gas, Wasser

Brunner Edwin, SVP: Ich habe Fragen zur Position 091.312 privat genutzte Verwaltungsliegenschaft. Welche Verwaltungsliegenschaft ist das, die privat genutzt wird? Wo befindet sich diese? Und dann kommt natürlich 091.312 Heizmaterial, Strom, Gas, Wasser. Wenn das privat genutzt wird, ist dort ein Mieter. Wieso zahlt der Mieter die Kosten für Heizung etc. nicht selbst? Oder gibt es einen Vertrag, der anders lautet? Erst nach Beantwortung dieser Fragen kann ich allenfalls einen Antrag stellen.

Jauslin Matthias, Gemeinderat: Wir geben diese Fragen an den Finanzverwalter zur Beantwortung. Welche Liegenschaft ist privat genutzt und wie wird diese abgerechnet?

Kaufmann Gregor, Finanzverwalter: Es handelt sich hier um die Liegenschaft an Bremgartenstrasse 8 - Herzoghaus, an der Steingasse 45 und die Minigolfanlage.

Brunner Edwin, SVP: Wie ist das mit den Kosten für Heizung, Strom, Gas, Wasser? Dort sind ja Mieter drin, weshalb bezahlen sie das nicht selber? Wenn diese das nicht selber bezahlen, dann stelle ich den Antrag, dass der Betrag CHF 2'700.00 zu streichen ist und die Mieter die Kosten selber übernehmen.

Jauslin Matthias, Vizeammann: Das Konto 091 hat einen Aufwand von CHF 8'300.00 und einen Ertrag von CHF 2'700.00. Bei der Minigolfanlage gibt es soweit es mir bekannt ist keine Heizungskosten.

Brunner Edwin, SVP: Es geht nicht nur um die Minigolfanlage sondern auch um die anderen Mieter. Wer bezahlt hier den Strom? Wenn das Mieter sind, müssen sie es selbst tragen.

Kaufmann Gregor, Finanzverwalter: Unter anderem werden in der Liegenschaft an der Steingasse 45 Sozialhilfebezüger untergebracht und hier zahlt die Gemeinde den Strom. Diese Wohnung ist natürlich nicht ständig belegt.

Brunner Edwin, SVP: Die CHF 2'700.- sind zu streichen und von den Mietern zu übernehmen.

Roeleven Corina, CVP: Wenn ich das Konto anschau, sehe ich ja auch einen Mietzins ertrag. Leider ist nicht genau aufgeführt, aus was er besteht. Ich gehe davon aus, dass dies auch die Nebenkosten betrifft. Die Nebenkosten sind vollumfänglich gedeckt.

Jauslin Matthias, Vizeammann: Wir haben im Konto 091 einen Aufwand von CHF 8'300.00 und einen Ertrag von CHF 27'700.00. Selbstverständlich werden die Kosten mit dem Ertrag gedeckt.

Stäger Urs, SVP: Es ist tatsächlich ein Ertrag da. Nur sind, soviel ich weiss, in diesem Haus zwei oder vier Wohnungen. Und dann ist es, wenn man den Mietzins anschaut, verschenkt. Auch, wenn eine Wohnung als Notwohnung benutzt wird. Allenfalls müsste die Miete erhöht werden, und die Personen müssten Gas, Wasser und Strom selbst bezahlen.

Brunner Edwin, SVP: Wenn die Wohnung mit einem Mietvertrag gemietet wird, ist doch nicht automatisch Strom etc. dabei. Das wissen wir alle. Darum bitte ich um Abstimmung.

Abstimmung

Der Antrag

das Konto 091.312 Heizmaterial, Strom, Gas, Wasser soll auf CHF 0.00 gestrichen werden
wird 9 Ja- zu 20 Nein-Stimmen bei 5 Enthaltungen abgelehnt.

Seite 49, Konto 100.427 Platzgebühren für Märkte, Circus, Chilbi

Stäger Urs, SVP: Auch der Circus Monti soll inskünftig Platzmiete bezahlen, was er bis jetzt nicht tut. Eine solche Quersubventionierung ist nicht zulässig. Der Circus Monti ist eine Firma wie jede andere auch. Der Gemeindeammann wird sagen, das sei Werbung für Wohlen. Tatsache ist, dass auf keinem einzigen Fahrzeug des Circus Monti der Name Wohlen steht. Übrigens gibt die Ortsbürgergemeinde dem Circus Monti bereits vergünstigtes Bau-rechtsland.

Dubler Walter, Gemeindeammann: Urs Stäger sagte es richtig, der Circus Monti ist wahrlich ein Aushängeschild von Wohlen. Es gibt ein Reglement, in welchem es nicht heisst Circus Monti sondern Zirkus ortsansässig. Also, wenn Urs Stäger einen Zirkus gründen möchte, kann er von den gleichen Konditionen profitieren. Ich bitte Sie, den Antrag abzulehnen.

Stäger Urs, SVP: Mir reicht der Zirkus hier drinnen.

Spörri Marlis, Präsidentin: Urs Stäger, bitte gib mir hierzu noch einen Antrag.

Abstimmung

Der Antrag

betreffend dem Konto 100.427 Platzgebühren für Märkte, Circus, Chilbi, der Circus Monti soll inskünftig gleich viel Platzmiete wie andere Unternehmen bezahlen

wird mehrheitlich abgelehnt.

Seite 49, Konto 100.318.01 Stipulations-, Grundbuch- und Geometerkosten und Konto 100.318.03 Gutachten Vormundschaft, Vollzugskosten

Brunner Edwin, SVP: Wieso gibt es hier solche Schwankungen? Wir haben in der Rechnung 2011 einen Betrag von CHF 53'000.00, im Budget 2012 einen von CHF 32'000.00 und jetzt wieder einen Betrag von CHF 50'000.-. Warum gibt es diese Schwankungen? Waren wir im Budget 2012 zu tief? Und beim Konto 100.318.03 das Gleiche. Wir hatten in der Rechnung 2011 einen Betrag von CHF 16'500.00, dann einen von CHF 3'500.00 im Voranschlag 2012 und im Voranschlag 2013 einen von CHF 10'000.00. Das ist mehr als eine Verdoppelung. Warum?

Dubler Walter, Gemeindeammann: Beim Konto Stipulation Grundbuch und Geometerkosten im 2011 gab es einen Aufwand von CHF 52'000.00. Ich verweise auf die Erläuterungen auf Seite 15 zu diesem Konto. Das kommt aus diesen Aktivitäten heraus. Wenn etwas läuft, fallen halt die entsprechenden Kosten an. Das können Sie nicht steuern und sagen, wir stellen den Betrieb ein und machen nichts mehr.

Seite 53, Konto 200.318.01 Telefongebühren

Brunner Edwin, SVP: Welche Kindergärten sind bei diesen Telefongebühren eingeschlossen?

Es wird die Auskunft erteilt, dass die Telefongebühren aller Kindergärten in diesem Konto berücksichtigt sind.

Seite 52, Konto 150.314.01 Baulicher Unterhalt durch Dritte, ALST Hofmatten

Brunner Edwin, SVP: Wir möchten bei diesem Konto ganz genau wissen, warum hier der Betrag um mehr als CHF 100'000.00 erhöht wird.

Donat Ruedi, Gemeinderat: Es geht darum, dass die Küche erneuert werden muss. Diese Küche besteht seit 1989. Das sind alte Geräte, sie sind ökologisch nicht mehr brauchbar, sie brauchen zu viel Strom. Die Benützung ist zum Teil aus hygienischen Gründen nicht mehr möglich. Die Anlage ist zudem sehr gut belegt. Im Geschäftsbericht sind 12'500 Belegungstage zu sehen. Mit den Privat- und Sportbenutzungen haben wir 13'000 Belegungstage. Die Armee kommt in Zukunft in grösseren Einheiten. Es ist daher dringlich, dass die Küchen renoviert werden. Auf der Ertragsseite haben wir immerhin CHF 50'000.00 für Truppenbesuche budgetiert. Wenn wir für die Küchenrenovation CHF 100'000.00 investieren, ist dies innert kürzester Zeit amortisiert. Ich bitte Sie deshalb, dem Antrag auf der Renovation der Küche zuzustimmen.

Seite 52, Konto 150.451 Rückerstattungen Kanton

Brunner Edwin, SVP: Wieso bleiben Rückerstattungen vom Kanton aus? Wir hatten im 2011 einen Betrag von CHF 16'600.00. Im Budget 2012 einen Betrag von CHF 17'000.00 und jetzt nur noch Null. Wie kommt das?

Donat Ruedi, Gemeinderat: In den Erklärungen auf Seite 16 ist beschrieben, dass der Sektionschef ab 2013 entfällt, somit gehen die Lohnkosten zurück. Deshalb kommen auch keine Rückerstattungen vom Kanton.

Seite 55, Konto 210.317.01 Schulreisen, Bergschulwochen, Begleiterspesen Primar- / Realschule und Konto 210.317.03 Schulreisen, Bergschulwochen, Begleiterspesen Oberstufen

Perroud Arsène, SP: Die beiden sind eher mickrig budgetiert. Ich stelle den Antrag um eine Erhöhung um je CHF 10'000.00. Damit leisten wir einen Beitrag an interessante Schulreisen, welche die Klassen weiter bringen und den Kindern und der Jugend gut tun werden.

Huwiler Paul, Gemeinderat: Im Namen vom Gemeinderat bitte ich Sie, den Antrag abzulehnen und es so zu belassen, wie es ist.

Abstimmung

Der Antrag

das Konto 210.317.01 soll um CHF 10'000.00 auf CHF 30'000.00 erhöht werden

wird mit 6 Ja- zu 24 Nein-Stimmen bei 4 Enthaltungen abgelehnt.

Der Antrag

das Konto 210.317.03 soll um CHF 10'000.00 auf CHF 60'000.00 erhöht werden

wird mit 6 Ja- zu 23-Nein Stimmen bei 5 Enthaltungen abgelehnt.

Seite 55, Konto 210.318.05 Honorare, Entschädigungen (Musik, Film, Nothelferkurs)

Perroud Arsène, SP: Zuerst eine Frage, und zwar sollte die Schulsozialarbeit im nächsten Jahr professionell evaluiert werden. Wo sind diese Kosten vorgesehen? Gibt es hierzu Aussagen?

Corsiglia Franco, Präsident Schulpflege: Im Konto 210.318.03 wurden CHF 25'000.00 für Externe eingegeben, die aber vom Gemeinderat gestrichen wurden.

Huwiler Paul, Gemeinderat: Dies muss in den CHF 60'000.00 Platz haben.

Perroud Arsène, SP: Meine Frage ist insofern beantwortet, als der Gemeinderat das offensichtlich so nicht will. Im Einwohnerrat wurde aber klar bekundet, dass man eine professionelle externe Evaluation für die Sozialarbeit will. Dahinter stehe ich immer noch. Ich finde es richtig, dass man das Geld investiert. Wenn die Schulpflege das beantragt, bin ich der Meinung, dass man sich dabei etwas überlegte. Somit stelle ich den Antrag die Position 210.318.03 auf CHF 85'000.00 erhöhen.

Huwiler Paul, Gemeinderat: Der Gemeinderat bleibt bei seinem Antrag, dass der Posten bei CHF 60'000.00 belassen wird. Er ist rund CHF 11'000.00 höher als in der Rechnung 2011.

Abstimmung

Der Antrag

das Konto 210.318.03 sei um CHF 25'000.00 auf CHF 85'000.00 zu erhöhen

wird mit 7 Ja- zu 22 Nein-Stimmen bei 5 Enthaltungen abgelehnt.

Seite 61, Konto 237.311 Mobiliaranschaffungen

Brunner Edwin, SVP: Ich muss zum Allgemeinbefinden hier sagen, dass die SVP sehr viele Anträge jetzt überhaupt nicht gestellt hat. Wir haben festgestellt, dass es nämlich keinen Wert hat. Kein Antrag von uns wird angenommen. Darum will ich jetzt zuerst einmal auf Seite 61 zu Position 237.311 Mobiliaranschaffungen Hofmattenweg etwas fragen. Ich möchte wissen, weshalb dieses Konto um CHF 19'000.00 erhöht wird.

Kuhn Urs, Gemeinderat: Ich gebe die Frage an Florian Püntener, Bauverwaltung, weiter.

Püntener Florian, Bauverwaltung: Im Konto 237.311 ist ein Defibrillator im Betrag von CHF 4'000.00 und zwei Abfallhai im Betrage von Total CHF 7'000.00 enthalten. Dies ergibt ein budgetierter Betrag von CHF 11'000.00.

Brunner Edwin, SVP: Wir haben in diesem Konto aber CHF 22'000.00 budgetiert und nicht CHF 11'000.00. Wenn dies so ist, stelle ich den Antrag um Kürzung auf CHF 11'000.00.

Hitz Ernesto, Leiter Schulverwaltung: In dem Konto sind auch die Geräte der Hausabwarte enthalten. Sprich die Maschinen, welche sie für den baulichen Unterhalt benötigen und ersetzt werden müssen. Es betrifft somit nicht nur die von Florian Püntener aufgezählten Punkte, sondern es betrifft auch die Schule.

Brunner Edwin, SVP: Das ist das Konto Mobiliaranschaffung und nicht baulicher Unterhalt. Ich halte an meinem Antrag fest.

Huwiler Paul, Gemeinderat: Ich bitte Sie, dem Antrag nicht stattzugeben. Insbesondere möchte ich daran erinnern, dass der Hofmattenweg eine Dienststelle ist, die komplett ausgeglichen wird und dem bbz freiamt weiter fakturiert wird.

Abstimmung

Der Antrag

das Konto 237.311 Mobiliaranschaffungen soll um CHF 11'000.00 gekürzt werden

wird mit 11 Ja- zu 23 Nein-Stimmen abgelehnt.

Seite 63, Konto 300.301.02 Löhne Kultursekretariat

Brunner Edwin, SVP: Wir kommen zum Thema Kultur. Hier handelt es sich jedes Jahr um einen Streitpunkt. Ich frage, was ist Kultur? Wir müssen sparen in Wohlen. Ich glaube, jetzt hätten wir einen schönen Posten, bei welchem wir sparen könnten. Das Kultursekretariat ist für uns eine Schönheitserscheinung. Es ist nicht mehr nötig. Wir müssen bei der Kultur

sparen, daher mein Antrag, das Kultursekretariat sei aufzulösen und die Position ist komplett, zu streichen.

Antrag: Das Konto 300.301.02 Löhne Kultursekretariat, sei ersatzlos zu streichen.

Donat Ruedi, Gemeinderat: Vor eineinhalb Jahren hatte der Einwohnerrat die Stelle im Kultursekretariat um 20% erhöht. Wir haben hier eine Angestellte mit einem Arbeitspensum von 60%. Diese Frau macht ziemlich viel für uns und letztlich macht die Kultur Wohlen lebenswert.

Abstimmung

Der Antrag

das Konto 300.301.02 Löhne Kultursekretariat sei ersatzlos zu streichen

wird mit 7 Ja- zu 21 Nein-Stimmen bei 6 Enthaltungen abgelehnt.

Seite 63, Konto 318.03 Neujahrsapéro

Brunner Edwin, SVP: Den Neujahrsapéro finde ich gut, dieser soll stattfinden. Jedoch sollen die Teilnehmer der Bevölkerung merken, dass die Gemeinde sparen muss. Man kann auch einfach günstigere Produkte kaufen und so sparen.

Antrag: Das Konto 318.03 sei um CHF 2'000.00 zu reduzieren.

Donat Ruedi, Gemeinderat: Vor ca. 3 oder 4 Jahren fand diese Diskussion schon einmal statt, man hat den Betrag damals gestrichen. Nicht zuletzt die SVP ergriff dann die Initiative, um den Neujahrsapéro wieder zu organisieren und die SVP kam mit der Bitte an den Gemeinderat, die Einladungen mitzufinanzieren. Das machten wir. Letztes Jahr kam die Bitte, die Gemeinde solle den Anlass wieder selbst organisieren und finanzieren. Aus diesem Grund sind CHF 5'000.00 vorgesehen. Ihr müsst einfach wissen, was Ihr wollt.

Manimanakis Corinne, SP: Ich finde es traurig, wenn man sich nicht einmal mehr einen Neujahrsapéro leisten kann. Aber man könnte ein grosses Sparschwein hinstellen und um Spendenbeiträge bitten.

Brunner Edwin, SVP: Aufgrund der Tatsache, dass die Gemeinde letztes Jahr einen Neujahrsapéro durchführte und mitfinanzierte, ziehe ich meinen Antrag zurück.

Seite 63, Konto 300.365.20 Kulturkredit Förder- und Anerkennungsbeitrag

Perroud Arsène, SP: Wir wollen selbstverständlich die Kultur in Wohlen fördern. Genau das ist nämlich ein Aspekt, der die Gemeinde lebenswert macht. Darum beantragen wir, den Betrag von diesem Konto auf CHF 45'000.00 zu erhöhen. Mehr Mittel zur Förderung von kulturellen Innovationen in der Gemeinde Wohlen sind angezeigt.

Antrag: Das Konto Kulturkredit Förder- und Anerkennungsbeitrag sei auf CHF 45'000.00 zu erhöhen.

Brunner Edwin, SVP: Die SVP ist der Meinung, dass man den Kulturkredit ersatzlos streichen kann.

Donat Ruedi, Gemeinderat: So schön, wie der Antrag von Arsène Perroud ist, aus Spargründen möchten wir jedoch nicht, dass der Betrag erhöht wird. Zum Votum von Edi Brunner möchte ich mich nicht äussern.

Abstimmung

Der Antrag

Erhöhung des Kontos 300.365.20 auf CHF 45'000.00

wird mit 12 Ja- zu 21 Nein-Stimmen abgelehnt.

Seite 63, Konto 300.365.05 Konzertfonds aus Gemeindebudget

Brunner Edwin, SVP: Dieser Posten muss ganz klar aus dem Budget herausgestrichen werden.

Antrag: Das Konto 300.365.05, Konzertfonds sei aus Gemeindebudget, zu streichen.

Abstimmung

Der Antrag

das Konto 300.365.05 Konzertfond sei aus Gemeindebudget zu streichen

wird mit 9 Ja- zu 20 Nein-Stimmen bei 2 Enthaltungen abgelehnt.

Brunner Edwin, SVP: Es ist schon ein fortgeschrittener Abend und wir bringen heute leider keinen von unseren Anträge durch. Wir hätten ja praktisch bei jeder Position einen Antrag. Aber wir verzichten bei der Kultur darauf. Wir sehen ein, dass wir Euch nicht biegen können.

Seite 64, Konto 303.314.02 Baulicher Unterhalt durch Dritte, ausserordentlich

Stäger Urs, SVP: Dieser Budgetposten ist um CHF 50'000.00 zu kürzen. Das kann man alles aufschieben. Nur, weil es neue Vorschriften gibt, wäre das voraus eilender Gehorsam.

Antrag: Das Konto 303.314.02 sei um CHF 50'000.00 zu kürzen.

Kuhn Urs, Gemeinderat: Bei den Wänden handelt es sich um diese, mit welchen das Casino vom Küchenbereich abgetrennt werden kann. Die Führungsschienen sind verzogen. Die Trennwände kann man nur noch durch einen immensen Zusatzaufwand durchschieben. Sowa ist unnötige Arbeitsbeschaffung für den Saalwart. Eigentlich hätte dies schon bei der Bodensanierung repariert werden sollen. Die Funkmikrophone im Casino sollen im Moment, aufgrund technischer Vorgaben, noch nicht ersetzt werden. Wir bitten Sie, den Antrag nicht zu unterstützen.

Stäger Urs, SVP: Ich halte an meinem Antrag fest.

Abstimmung

Der Antrag

das Konto 303.314.02 Baulicher Unterhalt durch Dritte, ausserordentlich sei um CHF 50'000.00 zu kürzen

wird mit 12 Ja- zu 21 Nein-Stimmen abgelehnt.

Seite 66, Konto 342.427 Pachtzins Kiosk

Lanz Christian, SVP: Im 2011 verzeichnete die Gemeinde Einnahmen von CHF 3'700.00, für das Jahr 2012 und 2013 sind jeweils CHF 10'000.00 budgetiert. Die Einnahmen kamen jedoch in den letzten Jahren nicht so hoch. Die Antwort vom Gemeinderat ist immer gleich. Ich redete mit Urs Kuhn über dieses Thema. Es wird einfach über die Mehrwertsteuer abgerechnet. Wir wissen, dass Herr Huber gekündigt hat. Ich kann nicht sagen, dass ich das bedaure, denn es war Zeit. Warum muss man wieder CHF 10'000.00 budgetieren? Wird der neue Pächter eventuell besser abrechnen? Wird der Gemeinderat es endlich klar handhaben, dass sauber abgerechnet wird? Oder müssen wir hier andere Untersuchungen anstellen lassen, um die Abrechnungen zu überprüfen? Es gibt Möglichkeiten wie vor Jahren mit dem Zivilschutz.

Kuhn Urs, Gemeinderat: Wir hatten ein Gespräch und einen Mailverkehr zu diesem Thema. Wir hatten seinerzeit bei der Beantwortung zur Anfrage gesagt, dass wir nicht gedenken, die Praxis zu ändern. Weiterhin ist die Grundlage die Mehrwertsteuerabrechnung, die an den Bund geht. Das wollen wir beibehalten. Ich bin privat in einem Verein tätig, der ein Restaurant führt. Dort bin ich für den Pachtzins verantwortlich. Wir kontrollieren auch dort nicht die Kassenzettelchen vom Einkauf, um herauszufinden, ob das alles stimmt. Wir haben nochmals ganz genau gleich abgerechnet und sind auf der Suche nach einem neuen Pächter. Wir sehen jedoch ein anderes Geschäftsmodell vor. Ob der Betrag von CHF 10'000.00 Bestand haben wird oder nicht, kann zum jetzigen Zeitpunkt nicht gesagt werden. Darüber informiere ich selbstverständlich, sobald wir mehr wissen.

Seite 66, Konto 342.311 Anschaffung von Mobiliar und Einrichtungen

Brunner Edwin, SVP: In diesem Konto ist ein Betrag von CHF 1'900.00 aufgeführt für einen neuen Funk. Wozu braucht der Bademeister einen Funk? Er hat doch ein Natel. Und wenn der Funk eingeführt würde, wieso bleiben dann die Telefonkosten so hoch? Etwas geht hier nicht auf. Entweder Funkgerät und tiefe Telefongebühren, oder umgekehrt Funkgerät raus und Telefongebühren bleiben. Beides miteinander geht nicht.

Antrag: Beim Konto 342.311 Anschaffung von Mobiliar und Einrichtungen sind CHF 2'600.00 für den Funk zu streichen.

Kuhn Urs, Gemeinderat: Ich danke dafür, dass wir den Rasenmäher trotzdem anschaffen dürfen. Dennoch möchte ich die Frage an die Verwaltung weitergeben, wie das Verhältnis Telefonspesen und Funk ist.

Püntener Florian, Bauverwaltung: Das entzieht sich meiner Kenntnis, es tut mir leid.

Abstimmung

Der Antrag

das Konto 342.311 Anschaffung von Mobiliar und Einrichtungen sei um CHF 2'600.00 kürzen

wird mit 15 Ja- zu 10 Nein-Stimmen bei 9 Enthaltungen angenommen.

Seite 66, Konto 342.318.01 Telefongebühren

Brunner Edwin, SVP: Die Telefongebühren sind extrem hoch. Es sind CHF 1'900.00 budgetiert. Die Badi ist ein halbes Jahr geöffnet und auch, wenn sie sieben Monate offen ist, macht dies ein Betrag von CHF 300.00 pro Monat aus. Denen muss man besser auf die Finger schauen. Und dann kommen wir mit der Hälfte gut durch.

Antrag: Das Konto Konto 342.318.01 Telefongebühren ist auf CHF 1'000.00 zu kürzen.

Kuhn Urs, Gemeinderat: Ich bitte Sie, den Antrag abzulehnen. Dadurch, dass wir jetzt nicht funken können, brauchen wir das Telefon mehr.

Abstimmung

Der Antrag

das Konto 343.318.01 sei auf CHF 1'000.00 zu kürzen

wird mit 8 Ja- zu 20 Nein-Stimmen bei 6 Enthaltungen abgelehnt.

Seite 66, Konto 343.318.01 Gebäudeversicherung, Telefongebühren

Brunner Edwin, SVP: Hier steht ein Komma nach Gebäudeversicherung. Sind dort beide Positionen enthalten?

Kaufmann Gregor, Finanzverwalter: In diesem Konto sind beide Positionen enthalten.

Seite 66, Konto 343.313 Verbrauchsmaterialien

Lanz Christian, SVP: Was ist alles im Konto 343.313 Verbrauchsmaterialien beinhaltet?

Kuhn Urs, Gemeinderat: Dort hat man das Nachfüllen des Sandes in der Weitsprunganlage budgetiert, die ist ein Betrag von CHF 26'000.00.

Lanz Christian, SVP: Muss das auch im Jahr 2013 gemacht werden?

Kuhn Urs, Gemeinderat: Nach meinen Informationen muss der Sand neu eingefüllt werden. Es handelt sich hier um ein spezielles Material, nicht einfach um Bausand. Der Sand musste dieses Jahr ersetzt werden.

Lanz Christian, SVP: Wenn es dieses Jahr passiert ist, warum dann im nächsten Jahr wieder?

Brunner Edwin, SVP: Hier ist wohl ein Fehler passiert. Man hat vermutlich die CHF 26'000.00 wieder übernommen? Ein Schreibfehler?

Dubler Walter, Gemeindeammann: Jetzt wird das langsam zu einer Seelenquälerei für die Bauverwaltung. Es ist erklärt, was im Budget für 2013 ist. Und jetzt sind verständlicherweise die Unterlagen für 2012 nicht hier. Man kann davon ausgehen, dass es sich um Verbrauchsmaterial handelt. Wenn es nicht nötig ist, wird es sicher nicht ausgegeben. Ich bitte Sie, den gesunden Menschenverstand walten zu lassen. Muss man den Sand ersetzen oder nicht. Wir hörten wiederholt, dass man die Anlagen pflegen muss. Das ist unsere Pflicht und Schuldigkeit.

Lanz Christian, SVP: Somit stelle ich den Antrag das Konto um CHF 20'000.00 zu kürzen.

Antrag: Das Konto 343.313 Verbrauchsmaterialien, soll um CHF 20'000.00 gekürzt werden.

Abstimmung

Der Antrag

das Konto 343.313 sei um CHF 20'000.00 zu kürzen

wird mit 22 Ja- zu 6 Nein-Stimmen bei 6 Enthaltungen angenommen.

Seite 68, Konto 450.365.01 Lungenliga Aargau

Stäger Urs, SVP: Alle Jahre wieder stellt die SVP den Antrag, den Beitrag der Lungenliga zu streichen. Es kann nicht sein, dass wir die Lungenliga unterstützen, die aktiv Arbeitsplätze vernichtet und mit unserem Geld politische Werbung macht, obwohl sie vor dem Volk verliert.

Antrag: Das Konto 450.365.01 Lungenliga Aargau, sei zu streichen.

Abstimmung

Der Antrag

das Konto 450.365.01 Lungenliga Aargau sei zu streichen

wird mit 11 Ja- zu 15 Nein-Stimmen bei 7 Enthaltungen abgelehnt.

Seite 68, Konto 440.365.05 Spitex-Krankenpflegeverein Wohlen

Geissmann Thomas, FDP: Am 6. Dezember 2010 hatte die FDP-Fraktion Wohlen/Anglikon den Einwohnerrat gebeten, die Leistungsvereinbarung mit Spitex zu überarbeiten und kostendeckende Ansätze für Krankenpflegeleistungen festzulegen. Die Tarifgestaltung hätte in der Kompetenz der Gemeinde verbleiben sollen. Meine Voraussage vor zwei Jahren lautete wörtlich "Wenn wir heute dieser Leistungsvereinbarung zustimmen, werden wir das über immer höhere Steuerprozente zahlen". Der Aufwand im Jahr 2010 betrug CHF

546'300.00. Ein Jahr später betrug er CHF 580'000.00, also 6% mehr und im Budget 2012 wurde ein Betrag von CHF 610'000.00 gefordert, das 5% mehr entspricht. Für nächstes Jahr ist gar ein Betrag von CHF 734'000.00 budgetiert, was gegenüber dem Vorjahr eine Steigerung 20% ausmacht. Die Steigerung beträgt seit der Behandlung im Einwohnerrat ein Drittel. Wir subventionieren somit Jahr für Jahr die Kostensteigerung mit über einem halben Prozent. Verantwortlich dafür ist der Einwohnerrat, der es verpasste, die Kompetenz für die Tarifgestaltung beim Gemeinderat zu belassen.

Seite 69, Konto 542 Chinderhuus

Huwiler Paul, Gemeinderat: Ich möchte gerne zuerst etwas zum Chinderhuus sagen. Das Chinderhuus in Wohlen hat eine lange Tradition. Es geht lange zurück, ich erinnere an die Zeit, als es noch ein Kinderheim war. Die Angestellten vom Chinderhuus machen einen ausgezeichneten Job. Von allen Seiten kommt Lob. Insbesondere, wenn ich an den Geschäftsbericht denke, der hier jeweils gewürdigt wird. Es wurde der Auftrag erteilt, das Chinderhuus zu privatisieren. Und diese Aufgabe ist äusserst schwierig. Gerade, weil es auch gilt, auf langjährige Mitarbeiterinnen Rücksicht zu nehmen. Der Rat hatte mehrfach gefordert, dass man nicht nur Lehrstellen erhalte, sondern diese sogar noch ausbaue. Im Chinderhuus werden drei Lernende ausgebildet. Das ist eine hohe Anzahl. In den anderen Wohler Tagesstätten hat es keine oder eine Lehrstelle. Im Sommer hatten wir das Chinderhuus ausgeschrieben. Dafür hatten sich zuerst drei Institutionen interessiert und die Unterlagen bestellt. Konkret bewarb sich dann aber nur eine Institution, die das Chinderhuus übernehmen will, sofern man sich über die finanziellen Modalitäten einigen kann. Die Verhandlungen laufen. Es geht auch um die Übernahme der drei Mitarbeitenden und der Lernenden. Es war der Wunsch der Kommission, dass auf drei Jahre Besitzstand gewährt wird. Es ist nicht so, dass in dieser Angelegenheit nichts passiert, obwohl es den Anschein erweckt. Das Dossier wird immer grösser, und die Abwicklung dieses Geschäftes ist wirklich kompliziert. Viele Unterlagen sind unterdessen ausgearbeitet. Das kann die Kommission, in der jede Fraktion vertreten ist, bestätigen. Im Augenblick verhandeln wir über die Details der Übernahme. Vermutlich reicht es nicht mehr für die Dezembersitzung, um dies dem Einwohnerrat zu unterbreiten. Das Geschäft hat für mich höchste Priorität, glauben Sie mir das.

Stäger Urs, SVP: Das kommt mir vor wie ein Abendgebet. Und in einem Abendgebet muss ja nicht immer alles stimmen. Mindestens zweimal jährlich erzählt Paul Huwiler das Selbe. Wir glauben es einfach nicht mehr. Darum stelle ich jetzt den rigorosen Antrag.

Antrag: Das Konto 542 Chinderhuus, soll ersatzlos gestrichen werden.

Jauslin Matthias, Gemeinderat: Es ist effektiv so, dass etwas läuft. Die Verhandlungen sind sehr kompliziert. In den letzten sechs Monaten wurde intensiv daran gearbeitet. Jetzt ist es auf einem guten Weg. Ich bitte Sie, den Antrag von Urs Stäger abzulehnen.

Wille Franz, CVP: Ich glaube, der Antrag ist nicht so leicht zu nehmen. Wenn wir das jetzt streichen, haben wir am 1. Januar 2013 kein Chinderhuus mehr. Die Kinder und das Personal dort werden keinerlei Rechtsgrundlage mehr haben, um Beiträge zu erheben, den Unterhalt zu machen, etwas einzukaufen. Sie haben Null Budget. Darum bin ich der Ansicht, dass wir das ablehnen müssen.

Huwiler Paul, Gemeinderat: Ich möchte an die laufenden Verträge erinnern, insbesondere an die Ausbildungsverträge.

Gallati Jean-Pierre, SVP: Nach meiner Einschätzung handelt es sich hier um gebundene Ausgaben. Wir können nicht einfach Reglemente und Verträge ausser Kraft setzen. Ich

glaube, der Antrag von Urs Stäger ist eher eine politische Misstrauenskundgebung. Auch bei einer Annahme hätte dies keinerlei Auswirkung auf den Betrieb des Chinderhuuses. Die Diskussion müssen wir deshalb gar nicht weiter führen, wir können einfach abstimmen. Und egal, ob der Antrag angenommen wird oder nicht: Das Chinderhuus wird am 1. Januar 2013 weiter betrieben.

Stäger Urs, SVP: Ich ziehe den Antrag zurück.

Seite 71, Konto 582.436.01 Rückerstattung Alimentenbevorschussung

Brunner Edwin, SVP: Wohlen schiesst sage und schreibe CHF 650'000.00 Alimente vor. Für den Betrag von etwa CHF 280'000.00 erfolgt eine Rückzahlung. Das ist eine grosse Diskrepanz. Ist es nicht möglich, dass hier mehr zurückgefordert werden kann? Kann man die Elternteile, in der Regel sind dies ja die Väter, nicht belangen? Dieser Zustand ist sehr unbefriedigend.

Spillmann Urs, Sozialamt: Wir versuchen, auf dem Betreuungsweg die Kosten einzuholen. Wenn jedoch nichts vorhanden ist, kann man auch nichts holen.

Thiébaud Alain, SP: Es gibt hierzu rigorose Bestimmungen. Wenn man nicht zahlt, ist das ein Straftatbestand. Vielfach geht es auch um in Scheidungsurteilen festgelegte Beträge, welche trotz später veränderter finanzieller Verhältnisse nicht angepasst wurden. Dieses systemische Problem können wir von der Gemeinde aus nicht lösen.

Seite 72, Konto 620.312.01 Strom für Strassenbeleuchtung von IBW Energie AG

Stäger Urs, SVP: Ich stelle den Antrag auf Kürzung des Kontos um CHF 20'000.00. Technisch ist das kein Problem, indem man die Strassenbeleuchtung um dreiviertel Stunde später als jetzt ein- und am Morgen eine halbe Stunde früher ausschaltet. Stichwort Energiewende. Die einzigen hier im Saal, welche die Energiewende nicht befürworten, sind wir.

Antrag: Das Konto 620.312.01 Strom für Strassenbeleuchtung von IBW Energie AG, sei um CHF 20'000.00 zu kürzen.

Dubler Walter, Gemeindeammann: Wir hörten heute schon einmal das Stichwort Standortmarketing. Wenn wir uns zu den Pfahlbauern zurück entwickeln wollen, dann wäre das sicher ein Weg in die richtige Richtung. Ich möchte aber sachlich festhalten, dass wir die Umstellung zum Teil schon machen. Letztlich geht es auch um das Sicherheitsgefühl auf den Strassen und in den öffentlichen Räumen. Und darum - bei aller Sympathie für Stromsparmassnahmen - bitte ich Sie, von dem Antrag Abstand zu nehmen.

Stäger Urs, SVP: Mit Pfahlbauern hat das wenig zu tun. Wenn die Strassenbeleuchtung einschaltet, ist es noch hell genug, dass es sie nicht braucht. Auch am Morgen brennt die Strassenbeleuchtung, wenn es sie nicht braucht. Das hat überhaupt nichts mit Sicherheit zu tun.

Abstimmung

Der Antrag

Kürzung des Kontos 620.312.02 Strom für Strassenbeleuchtung von IBW Energie AG um CHF 20'000.00 auf CHF 110'000.00

wird mit 19 Ja- zu 8 Nein-Stimmen bei 4 Enthaltungen angenommen.

Seite 74, Konto 721.311 Anschaffung von Containern und Behältern für Sammelstellen

Vogt Roland, SVP: An der Waltenschwilerstrasse soll eine Unterflursammelstelle über CHF 80'000.00 erstellt werden. Unterflursammelanlagen sind eine gute und saubere Sache und den Containern vorzuziehen. Sie verhindern Lärm und Abfall rund um die Sammelstelle, kosten aber gegenüber einem Container viel Geld. Bei der aktuellen Finanzlage stellt dies eine Luxusinvestition dar, die sich die Gemeinde nicht leisten kann. Zurzeit steht an der Waltenschwilerstrasse ein Container. Somit wäre der Bedarf sicher gestellt. Es darf aber grundlegend die Frage erlaubt sein, ob es an dieser Örtlichkeit überhaupt eine Sammelstelle braucht. Die nächstgelegene Sammelstelle, die Unterflursammelstelle Bifang, befindet sich nur etwa 500 Meter davon entfernt und ist eine von sechs weiteren Sammelstellen, die sich auf dem Gebiet Wohlen-Anglikon befinden.

Antrag: Das Konto 721.311, Anschaffung von Containern und Behältern für Sammelstellen, soll um CHF 80'000.00 auf CHF 12'000.00 gekürzt werden.

Donat Ruedi, Gemeinderat: Ich bitte Sie, den Antrag abzulehnen. Wir haben ein Konzept für die Sammelstellen, und das ist jetzt die letzte, die wir umrüsten. Nachher sind alle Sammelstellen auf Unterflur ausgerüstet. Meistens wird ja das Glas, das dort abgeliefert wird, mit dem Auto hergebracht. Die Sammelstelle wird rege benutzt.

Vogt Roland, SVP: Ich halte an meinem Antrag fest. Die Sammelstelle wird wahrscheinlich rege von den Waltenschwilern benutzt, die ihren Abfall zu uns bringen. Man muss sich die Grundsatzfrage stellen, ob wir überhaupt so viele Entsorgungsanlagen in Wohlen brauchen.

Burkard Thomas, Grüne: Ich wohne in der Unteren Halde und brauche die Sammelstelle oft. Mit einer Familie ist das ganz klar. Ich behaupte, dass die Halde die Sammelstelle braucht.

Abstimmung

Der Antrag

das Konto 721.311 Anschaffung von Containern und Behältern für Sammelstellen sei um CHF 80'000.00 auf neu CHF 12'000.00 zu kürzen

wird mit 15 Ja- zu 17 Nein-Stimmen bei 1 Enthaltung abgelehnt.

Seite 76, Konto 780.318.07 Label Energiestadt

Stäger Urs, SVP: Der Beitrag Energielabel ist ersatzlos zu streichen. Bis heute konnte mir noch niemand den Vorteil des Energielabels sagen. Was ist der Nutzen, ausser einem warmen Essen für den Gemeinderat?

Antrag: Das Konto 780.318.07 Label Energiestadt, ist ersatzlos zu streichen.

Abstimmung

Der Antrag

das Konto 780.318.07 Label Energiestadt sei ersatzlos zu streichen

wird mit 13 Ja- zu 18 Nein-Stimmen bei 2 Enthaltungen abgelehnt.

Seite 78, Konto 830.365.02 Weihnachtsbeleuchtung

Brunner Edwin, SVP: Immer wieder reden wir davon, Energie zu sparen. Deshalb sage ich jetzt einfach, weg mit der Weihnachtsbeleuchtung! Wir brauchen sie nicht, das hat nichts mit Standortförderung zu tun. Wenn jemand Weihnachtsbeleuchtung will, kann er privat etwas aufhängen.

Antrag: Das Konto 830.365.02 Weihnachtsbeleuchtung, soll ersatzlos gestrichen werden.

Dubler Walter, Gemeindeammann: Wir bitten Sie, den Antrag abzulehnen.

Abstimmung

Der Antrag

das Konto 830.365.02 Weihnachtsbeleuchtung sei ersatzlos zu streichen

wird mehrheitlich abgelehnt.

Seite 79, Konto 940.426 Dividende Aktie IB Wohlen AG

Duschén Andrea, FDP: Wir stellen den Antrag, die Dividende der IBW sei neu auf CHF 1.2 Million anzupassen. Als Begründung haben wir, dass dies die Dividende einer AG heutzutage zwischen 3 und 5% ist, was absolut marktüblich ist. Unsere IBW ist ein wohlhabender, gut laufender Betrieb. Sie hat die Möglichkeit, die Dividende anzupassen.

Antrag: Die Dividende der Aktie IB Wohlen AG soll auf CHF 1.2 Millionen angepasst werden.

Walter Dubler, Gemeindeammann: Die IBW ist eine Aktiengesellschaft und hier gibt es genaue Kriterien, welche erfüllt sein müssen, damit die Dividende ausgeschüttet werden kann. Die Dividende hängt vom erwirtschafteten Ergebnis ab. Der Verwaltungsrat der IB Wohlen AG weiss, dass man ein Auge darauf hat. Über die Höhe der Dividende entscheidet jedoch die Generalversammlung, nicht der Einwohnerrat. Wir bitten Sie, den Antrag abzulehnen.

Angst Daniel, FDP: Gibt es hier genaue Zielvorgaben? Das wäre sicher einmal ein angemessenes Instrument, das man den Herren von der IBW mitteilen könnte. Gibt es dazu eine Strategie innerhalb des Gemeinderates?

Dubler Walter, Gemeindeammann: Wir sagten, dass wir eine Klausur mit dem Verwaltungsrat der IB Wohlen AG machen. Die lesen ja auch Zeitungen und wissen, was im Einwohnerrat gesagt wird. Letztlich muss man sich bewusst sein, damit die IB Wohlen AG einen Gewinn erzielen kann, muss sie eine Preisgestaltung machen. Schlussendlich sind Sie alle

wieder mit Strom, Wasser, Gas betroffen. Wenn Sie solche Ideen in den Raum setzen, ist das ein zusätzlicher Druck für die IB Wohlen AG.

Thiébaud Alain, Freis Wohle/Grünliberale: Ich werde den Antrag nicht unterstützen. Das Thema ist noch nicht ausdiskutiert. Wir haben ja noch eine hängige Motion betreffend der Tarifgestaltung der IB Wohlen AG und es wird sich dann zeigen, inwiefern man punkto Dividende etwas machen kann. Es gibt noch einen Zufluss von Gebühren, obwohl es umstritten ist, ob das Gebühren sind oder nicht. Es gibt noch ein Geschäftsergebnis des Ganzen, und daran wird man es am Schluss ausrichten müssen. Es wäre wenig seriös, wenn man zum heutigen Zeitpunkt schon vorgreifen würde.

Gallati Jean-Pierre, SVP: Die Fraktion der SVP unterstützt den sinnvollen Antrag der FDP. Er geht ja nicht so weit wie vor einem oder zwei Jahren, als es den Stichtscheid des Präsidenten brauchte. Der Verwaltungsratspräsident der IBW sagte einmal selbst, dass es in diesem Herbst eine Diskussion mit dem Gemeinderat gebe, um über die Dividende zu diskutieren. Damit es hier eben nicht jedes Jahr ein solches Hick-Hack gebe, sowohl beim Voranschlag als auch bei der Rechnung. Jetzt hörte ich, das Treffen sei im nächsten Frühling. Langsam habe ich Mühe. Das Problem betreffend der Höhe der Dividende ist ja schon lange im Raum. Daniel Angst sagte vorher, es muss eine Absprache geben. Das wurde immer noch nicht erledigt. CHF 1.2 Mio. sind nicht zu viel. Vor allem, wenn man bedenkt, dass die Konzessionsabgabe von CHF 180'000.00 im Vergleich zu anderen Gemeinden sehr tief ist. Unterstützen Sie den Antrag der FDP, andernfalls wird die SVP einen eigenen Antrag stellen.

Dubler Walter, Gemeindeammann: Der Termin war im Oktober vorgesehen. Wir mussten ihn jedoch verschieben, weil zwei Gemeinderäte nicht teilnehmen konnten. Am 18. Februar 2013 werden wir uns den ganzen Nachmittag dieser Thematik widmen. Ich möchte Ihnen hierzu auf den Weg geben, dass Sie beschliessen können, was Sie wollen, es geht hier um Aktienrecht. Wir sollten uns davor hüten, schönere Zahlen ins Budget zu stellen, die wir nachher nicht erreichen können. Der Gemeinderat hat eine Verantwortung, und die nehmen wir wahr. In diesem Sinne bitte ich Sie, den Antrag abzulehnen.

Duschén Andrea, FDP: Ich möchte anmerken, dass die IBW ein gesunder Betrieb ist, eine gut geführte AG mit einem Wert von ca. CHF 30 Mio. und eine Dividende von CHF 900'000.00 ist unserer Meinung nach zu wenig. Ich erwarte vom Gemeinderat, dass er hier mehr Druck macht.

Wille Franz, CVP: Wenn man immer vom Aktionär redet und von der Generalversammlung, wir konnten das Spiel schon alle miterleben. Und wenn der Verwaltungsratspräsident mit Blick zum Gemeindeammann fragt: Sind Sie einverstanden? Dann wird genickt. Der einzige Vertreter im Verwaltungsrat, der Gemeindeammann oder sein Stellvertreter, übt das Stimmrecht aus. Es wäre interessant zu erfahren, ob der Einwohnerrat als Vertreter der Einwohnerschaft hier einen Antrag stellt, dass der Gemeindeammann von sich aus ganz anders entscheiden würde. Das kann ich mir fast nicht vorstellen.

Ich werde aber zum jetzigen Zeitpunkt den Antrag nicht unterstützen. Ich hoffe, dass die Aussprache dazu führt, dass man genau das macht, wovon man jetzt redet, nämlich eine Geschäftspolitik und Rahmenbedingungen bestimmt. Es ist wichtig, dass man aber auch Tarife berücksichtigt. Denn alles, was dort abgesprochen wird, zahlen die Konsumenten. Es kann nicht im Sinne vom Einwohnerrat sein, dass man den Bürgern höhere Gebühren abschöpft.

Geissmann Thomas, FDP: Ich höre in der Debatte immer wieder, dass die IBW infolge einer höheren Erwartungshaltung die Gebühren erhöht. Darum geht es nicht. Es geht um einen verfügbaren Gewinn, der in den letzten Jahren ansprechend ausfiel. Wieviel von diesem

Gewinn verbleibt innerhalb der IBW, und über wieviel darf die Einwohnergemeinde Wohlen als Eigentümerin dieser Firma verfügen? Ich weiss nicht, ob allen bewusst ist, wie unsere momentane finanzielle Situation ist. Wir haben ein finanzielles Problem und einen grossen Aktivposten, das ist die IB Wohlen AG. Und als Alleineigentümer haben wir das Anrecht, dass der Aktivposten eine angemessene Rendite abwirft. Damit bluten wir niemanden aus. Die Abschreibungen wurden gemacht in dieser Firma. Es müssen auch keine Gebühren erhöht werden. Das ist ein Ammenmärchen.

Dubler Walter, Gemeindeammann: Ich komme zurück auf das, was Franz Wille sagte. Als damals im Einwohnerrat diskutiert wurde, ob die IBW eine Aktiengesellschaft werden sollte, waren Sie noch in Villmergen Gemeinderat. Die Aktionärsrechte werden wahr genommen. Und es hängt nicht von meiner Tagesform ab, wie die Abstimmung an einer Generalversammlung läuft. Es ist so, dass wir die Unterlagen im Gemeinderat diskutieren. Vor ein paar Jahren klopfte ich auf den Tisch und sagte, es kann nicht sein, dass wir den Ausfall haben. Ich möchte, dass der ehemalige Gemeinderat von Villmergen weiss, wie das Konstrukt der IB Wohlen AG ist.

Wille Franz, CVP: Kleiner Unterschied, im Gemeinderat Villmergen gab es ein Ressort dafür. Walter Dubler, ich sagte gar nichts dagegen, dass man das so beschliesst. Ich habe nichts gegen die Rechtsform der IBW gesagt. Ich stelle nur fest, dass letztlich der Gemeindeammann entscheidet. Kleine Nachfrage, die es erleichtern könnte, ist das die Dividende vom Budgetjahr oder vom Vorjahr? Die Rechnung wird ja im Sommer erstellt. Und dann wird abgestimmt, wie gross die Dividende ist. Zweitens nehme ich an, dass wenn das Geschäftsjahr der IBW gut sein wird, wird auch ein Antrag vom Gemeinderat für die Erhöhung der Dividende gestellt. Dann spielt das Budget keine Rolle mehr.

Lehmann Sandra, Freis Wohle/Grünliberale: Jetzt greifen wir einem Bericht und Antrag des Gemeinderates vor, dass man auf einen angemessenen Netunterhalt achten muss. Aber auch, um die Interessen der Aktionäre zu berücksichtigen, was wir unter einer angemessenen Dividende verstehen.

Huwiler Paul, Gemeinderat: Was eine angemessene Dividende ist, sagt die Elcom.

Burkard Thomas, Grüne: Ich bin von diesem Antrag überfordert. Ich finde die vorgeschlagene Festlegung von Andrea Duschén als willkürlich. Das übersteigt unsere Fähigkeit dies so festlegen zu können. Vor einem Jahr wurde der Antrag auf CHF 1.5 Mio. gestellt und nun ist es CHF 1.2 Mio. Das muss man den Vertretern des Gemeinderates, die im Verwaltungsrat der IBW sind, überlassen. Daniel Angst schlug vor, dass man Zielvorgaben macht. Der Gemeinderat muss möglichst viel herausholen. Dies ist ein guter Ansatz. Der Gemeinderat muss sich hier einsetzen und möglichst viel für die Gemeinde herausholen. Wie hoch dies ausfallen wird, entzieht sich meiner Kenntnis. In diesem Sinne kann ich auch Franz Wille unterstützen. Ich lehne den Antrag zum jetzigen Zeitpunkt ab.

Vogt Roland, SVP: Ich habe zu diesem Thema zwei Überlegungen. Die Netznutzungstarife werden nächstes Jahr sinken. Ein Haushalt wird im Durchschnitt in der Schweiz CHF 10.00 sparen. Dies wird in Wohlen jedoch nicht der Fall sein. Wir können froh sein, wenn die Preise nicht steigen. Dies ist aus der lokalen Presse zu entnehmen. Das ist eine verkehrte Welt. Ein weiterer Punkt ist der FC Wohlen. Die IB Wohlen kann es sich offenbar leisten, viel Geld als Hauptsponsor des FC Wohlen zu investieren. Für den FC Wohlen sicher ein Glücksfall, aus Sicht der Gemeinde jedoch ein Interessenskonflikt. Ich bitte Sie den Antrag von CHF 1.2 Mio. zu unterstützen.

Thiébaud Alain, Freis Wohle/Grünliberale: Ich schliesse mich den Ausführungen von Franz Wille an. Ich halte das Führungskonstrukt durch den Gemeinderat rechtlich als höchst problematisch an. Ich werde mich jedoch im Zusammenhang mit der Motion dazu noch

weiter äussern. Die Elcom-Festlegung einer zusätzlichen Dividende, ist nur auf eine Beschwerde hin möglich. Die Elcom hat die Rechtsstruktur eines Preisüberwachers. Wenn man von Preisüberwachung ausgeht, dann sind nur absolut unangemessene Festsetzungen von Kostenfaktoren wirklich erfolgsversprechend im Rahmen von einer Beschwerde. Somit ist das nicht so genau definiert.

Abstimmung

Der Antrag

das Konto 940.426 Dividende Aktie IB Wohlen AG sei auf eine marktübliche Dividende von CHF 1.2 Mio. anzupassen

wird mit 19 Ja- zu 12 Nein-Stimmen und 3 Enthaltungen angenommen.

Seite 93, Stellenplan

Brunner Edwin, SVP: Wie wir bereits in den Ausführungen von Urs Stäger gehört haben, ist eine Stelle beim Steueramt neu ausgeschrieben. Wir sind der Ansicht, dass es diese Stelle nicht braucht. Diese kann also sofort gestrichen werden.

Dubler Walter, Gemeindeammann: Edwin Brunner bezieht sich auf Urs Stäger. Vielleicht hat Urs Stäger ein Problem mit dem Steueramt. Ich frage ihn jetzt, ob er Thomas Laube, Chef Steueramt, vom Steuergeheimnis befreien würde und ihm so erlauben würde frei zu sprechen.

Stäger Urs, SVP: Was soll das Walter Dubler? Das geht doch nicht!

Dubler Walter Gemeindeammann: Ich stelle hier nur die Frage. So kann man nicht argumentieren! Ich bitte den Steueramtsvorsteher zum Antrag Streichung der Stelle Stellung zu nehmen. Es kann doch nicht sein, dass man so einfach Stellen streicht!

Laube Thomas, Chef Steueramt: Die personelle Situation im Steueramt ist nicht so, wie dies die SVP darstellt. Wir haben im Frühjahr 2012 bei einem Benchmark der IG Benchmarking mitgewirkt. Ein Vergleich mit sieben grossen Aargauer Gemeinden. Wir sind hier bei der Stellendotierung im letzten Viertel aufgeführt. Es ist tatsächlich so, wie es Urs Stäger am Anfang der Sitzung gesagt hat, wenn wir hinschauen, dann kostet es meistens etwas. Die Aufgabe der Steuerbehörde ist jedoch hinzuschauen. Für diese Aufgabe sind wir auch der Aufsicht des Kantons unterstellt. Es besteht die Meinung, dass wir zu viele Buchführungskontingente nach Aarau geben. Diese Buchführungskontingente unterstehen nicht mir, als Steueramtsvorsteher, sondern dies wird vom kantonalen Steuerkommissär verteilt. Wenn wir Bücherrevisionen durchführen sind die daraus resultierenden Aufrechnungen nicht in den vierstelligen Beträgen sondern in den fünf- oder sechsstelligen Bereichen. Wenn wir genau hinschauen, dann ist es so, dass es zuletzt etwas kostet. Sie haben die Aussage gemacht, Wohlen hätte ein Einnahmeproblem. Wenn Sie die Steuererträge schwächen möchten, das Prokopfsteuereinkommen der Gemeinde Wohlen noch weiter senken möchten, dann ist es sicher die richtige Massnahme, wenn Sie bei uns Stellen streichen. Wenn man das Ziel hingegen in die andere Richtung verfolgen möchte, dann wäre ein gegenteiliger Antrag sinnvoll.

Gallati Jean-Pierre, SVP: Ich möchte mich in allererster Linie, in aller Form verwahren gegen dieses hochgradig, unanständige Votum des Gemeindeammanns. Dieses ist völlig deplatziert und unsachlich. Ich möchte dem Gemeindeammann das Votum von Hans Hufschmid

in Erinnerung rufen, welches dieser zu Beginn der Sitzung gehalten hat. Die persönlichen und privaten Steuerverhältnisse von Urs Stäger haben überhaupt nichts zu tun mit diesem Antrag. Der Antrag Brunner und Stäger hat seinen Grund in der Analyse der Verwaltung, welche seit einiger Zeit vorliegt. Der Antrag wurde schon mehrfach gestellt und wurde immer so begründet. Ich möchte Thomas Laube, Steueramtsvorsteher, für seine besonnenen Aussagen danken. Diese sind jedenfalls besonnener als die des Gemeindeammanns. Ich möchte gerne ein Argument erwidern. Arsène Perroud hat gesagt, wie viel der durchschnittliche Steuerzahler in Wohlen versteuert, dies liegt im Bereich von CHF 70'000.00 – CHF 80'000.00 Einkommen. Die sogenannten „grossen Fische“, wie es Franz Wille erwähnt hat, sind in Wohlen ziemlich dünn gesät. Man kann somit noch so viele Kontrollen durchführen bei den Lohnempfängern und wird trotzdem nicht mehr Steuererträge einholen können. Da nützen auch weitere Steueramtsmitarbeiter nichts. Wir halten uns an die erste Verwaltungsanalyse, welche ausführt, dass es in einer Abteilung eine Stelle mehr braucht. Diese wurde dann sofort beantragt und bewilligt. In der anderen Abteilung, das wäre das Steueramt, braucht es eine Stelle weniger. Hier hat man alle Ausreden und Ausflüchte, um diese nicht abzubauen zu müssen. Selbst dann nicht, wenn man es natürlich aufgrund einer Fluktuation machen könnte. Es wäre ein Akt der Vernunft und keine bössartige Absicht gegen die Steuerbehörde. Aus diesem Grund bitte ich Sie, den Antrag zu unterstützen.

Laube Thomas, Chef Steueramt: Bei der OBT-Verwaltungsanalyse wurde ein Denkfehler gemacht. Man hat unser Amt mit ausserkantonalen Ämtern verglichen, welche ganz andere Aufgabengebiete haben. Auf dies wurde bei der Schlussbesprechung mit der OBT hingewiesen, es hat jedoch keinen Einfluss mehr auf den Schlussbericht stattgefunden. Ich habe dies dann dem Gemeinderat schriftlich begründet und mitgeteilt. Massgebend ist jedoch der Vergleich der innerkantonalen Verhältnisse mit den Aargauer Grossgemeinden. Hier ist die Situation eine ganz andere, da platziert sich das Wohler Steueramt personell im letzten Viertel. Der Benchmark wurde unabhängig durch unsere Revisionsstelle BDO durchgeführt. Hier haben wir die Daten dafür geliefert. Die personelle Situation sieht so aus bei uns.

Jauslin Matthias, Vizeammann: Ich bitte Sie diesen Antrag unbedingt abzulehnen. Wir können es uns in diesem Bereich nicht leisten mit weniger Leuten zu arbeiten, als wir jetzt schon haben. Es ist für uns sehr wichtig, dass im Steueramt gut gearbeitet wird. Uns wurde seitens des Kantons immer wieder bestätigt, dass wir mit diesem knappen Personalbestand das Optimum heraus holen. Bitte schnüren Sie uns da nicht noch mehr zu.

Abstimmung

Der Antrag

die Stellenzahl beim Steueramt soll neu 6.4 betragen

wird mit 6 Ja- zu 21 Nein-Stimmen und 7 Enthaltungen abgelehnt.

Seite 95, Steuerfuss

Abstimmung

Die Anträge der SP (116%) und der SVP (105%) werden einander gegenübergestellt:

Antrag SP 116%:	6 Stimmen
Antrag SVP: Steuerfuss 105%:	9 Stimmen

Enthaltungen: 18 Stimmen

Der Antrag der SP (116%) scheidet aus und der Antrag der SVP (105%) wird dem gemeinderätlichen Antrag gegenübergestellt:

Jauslin Matthias, Vizeammann: Der Gemeinderat möchte Sie nochmals deutlich darauf aufmerksam machen, dass die Gemeinde einen Steuerfuss von 113% benötigt. Alle Zahlen, welche tiefer als 113% sind, werden uns in ein Fiasko führen. Wir bitten Sie Verantwortung zu übernehmen und dem Antrag des Gemeinderates zuzustimmen.

Der Antrag der SVP (105%) wird dem gemeinderätlichen Antrag (113%) gegenübergestellt:

Antrag Gemeinderat: Steuerfuss 113%:	25 Stimmen
Antrag SVP: Steuerfuss 105%:	8 Stimmen
Enthaltungen:	1 Stimmen

Wille Franz, CVP: Ich bitte um die exakte Bekanntgabe der Resultate der letzten beiden Abstimmungen.

Spörri Marlis, Präsidentin: liest die exakten Resultate der letzten beiden Abstimmungen vor.

Abstimmung

Der Voranschlag 2013 der Einwohnergemeinde Wohlen mit einem Steuerfuss von 113% wird mit 21 Ja-Stimmen zu 12 Nein-Stimmen mit 1 Enthaltungen angenommen.

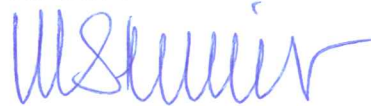
Spörri Marlis, Präsidentin: Wir sind am Ende der heutigen Sitzung. Die nächste Sitzung findet am 5. November 2012 um 19.00 Uhr statt.

Die Präsidentin schliesst die Sitzung.

Für das Protokoll



Marlis Spörri,
Präsidentin



Michelle Steinauer,
Gemeindeschreiber-Stv.